

Posener Zeitung.

Einundachtzigster Jahrgang.

Mittwoch, 27. Februar

(Erscheint täglich dreimal.)

Annahme-Bureau
In Posen außer in der Expedition dieser Zeitung (Wilhelmstr. 16.)
bei C. F. Ulrich & Co.
Dreiteilstraße 14.
in Gnesen bei Th. Spindler,
in Grätz bei F. Streifand,
in Breslau bei Emil Kadath.

Annahme-Bureau
In Berlin, Dresden, Breslau, Frankfurt a. M., Hamburg, Leipzig, München, Stettin, Stuttgart, Wien bei G. F. Daube & Co.,
Hallenstein & Vogler,
Kudolph Wolff.
In Berlin, Dresden, Orlitz beim „Invalidenthau“.

Nr. 145.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Inserate 20 Pf. die sechsgehaltene Zeile oder deren Raum, Reklamen die Zeile 50 Pf., sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 6 Uhr Nachmittags angenommen.

1878

Abonnements auf die Posener Zeitung pro Monat März werden bei allen Postanstalten zum Preise von 1 Mark 82 Pf., sowie von sämmtlichen Distributoren und der unterzeichneten Expedition zum Betrage von 1 M. 50 Pfg., entgegengenommen, worauf wir hierdurch ergebenst aufmerksam machen.
Expedition der Posener Zeitung.

Ungeklärte Situation.

Wer gehofft hat, daß die Verhandlungen des Reichstags über die Steuervorlagen den Faden der Ariadne finden lassen würden, welcher Regierung und Volk aus dem Reichswirrwarr herausführen könnte, ist durch den Verlauf der Debatten schwer enttäuscht worden. Der Reichskanzler will den Reichstag nicht verstehen und kann sich zu keiner That aufraffen, welche die Situation klären würde. Gerade die der Regierung am nächsten stehenden Parteien, welche vertrauensvoll eine Lösung der inneren Wirren erwarteten und dafür gearbeitet haben, sind von diesem Ausgang empfindlich berührt, und sie vor Allem thun Recht daran, dem Fürsten Bismarck zu erklären: „Wir haben das Blindkuhspiel satt und wollen nicht mehr die Augen verbunden haben. Durchlaucht, nun sind Sie dran, suchen Sie sich jetzt selbst die Majorität.“ In diesem Sinne ungefähr äußert sich die „Nat. Lib. Korr.“, indem sie schreibt:

Der Eindruck, welchen die zweitägige Steuerdebatte hinterlassen, ist kaum zu beschreiben. Die aufrichtigsten Freunde des Reichs im Parlamente fühlen sich bitter enttäuscht. Nicht wegen der persönlichen Wendung, welche die Verhandlung am Sonnabend genommen. Diese konnte nur im Interesse des Herrn Camphausen selbst bedauert werden. Einen so hochgeschätzten, durch einen langbewährten politischen Charakter ausgezeichneten, um die preussischen Finanzen sehr verdienten Mann sich vor der Reichsvertretung auf einen so wenig erhabenen Standpunkt stellen zu sehen, muß den unbefangenen Beobachter aus rein menschlichen Gründen schmerzlich berühren; für die Sache ist es ohne Bedeutung. Was in letzterer Beziehung in's Gewicht fällt, ist allein der Umstand, daß in den erwähnten Verhandlungen die schweren Gebrechen der heutigen Organisation der Reichsverwaltung greller als je an's Licht getreten sind, ohne daß von Seiten der Reichsregierung die Bereitwilligkeit sich gezeigt hätte, auf die unerlässlichen Bedingungen einer gesünderen Gestaltung einzugehen. Das allgemeine Bedürfnis weist auf eine umfassende Steuerreform. Der Reichskanzler erklärt: Auch ich habe dieses Bedürfnis längst tiefste empfunden, aber ich bin machtlos ohne den preussischen Finanzminister; ihm muß ich die praktische Initiative zu Steuervorlagen überlassen. Hat aber die Reichsvertretung irgendwelche verfassungsmäßige Garantie, daß diese Initiative auch ausgeht? Der preussische Finanzminister ist innerhalb des legislativischen Apparates des Reichs eine unbekannte Größe; der Reichstag hat also gar keine Möglichkeit ihn zur Erfüllung einer Pflicht anzuhalten. Es ist in das Belieben dieses Mannes gestellt, ob er die Bedürfnisse des Reichs wahrnehmen will oder nicht. Die Forderung eines eigenen Reichsfinanzamts unter einem mit voller Verantwortlichkeit ausgestatteten Leiter liegt sonnenklar in der Natur der Sache; sie ist die Vorbedingung für die Durchführung einer Steuerreform nicht allein, sondern sogar für die Aufstellung eines wirklich ausführbaren Planes derselben. Nichts konnte dies deutlicher beweisen, als der Verlauf der Verhandlungen über die Tabaksteuer. Daß diese Vorlage so, wie sie lag, als Ausgangspunkt für eine Steuerreform nicht betrachtet werden konnte, darüber waren alle Parteien einig. Allgemein ging die Ueberzeugung dahin, daß aus der Besteuerung des Tabaks ein weit höherer Ertrag erzielt werden müsse, daß dies auf Grund der jetzigen Vorlage inbezug durchaus nicht zu erreichen sei. Die Motive derselben hatten selbst ausdrücklich ausgeführt, daß die gegenwärtig in Vorschlag gebrachte Maßregel nur ein Nothbehelf zur Deckung des augenblicklichen Defizits sei und daß durch sie einer höheren Besteuerung des Tabaks in keiner Weise präjudiziert werde. Wie unerwartet entpuppte sich aber die Vorlage im Laufe der Verhandlung! Nach den ersten Angriffen hieß es vom Regierungstische, sie sei das notwendige Durchgangsstadium, sei es zum amerikanischen System, sei es zum Monopol. Dann erklärte Fürst Bismarck rund heraus, daß er das Tabakmonopol ererbe und der Vorlage als einer zur Anbahnung desselben geeigneten Maßregel seine Zustimmung gegeben habe; und schließlich gestand Herr Camphausen, nachdem er am Tage vorher die gewichtigsten Bedenken gegen das Monopol geltend gemacht hatte, daß der in That mit dieser Vorlage die Vorbereitung des Monopols besetzt sei. So war der Reichstag mit dem Monopol geradezu überrumpelt. Man mag über das Tabakmonopol denken, wie man will — wir unsererseits sind der Ueberzeugung, daß die einschlägigen Fragen noch bei weitem nicht reiflich genug erwogen worden sind, um eine definitive Entscheidung zuzulassen —, darüber aber ist man allgemein einverstanden, daß es nicht auf solche Weise vor den Reichstag gebracht werden dürfte. Wir nehmen nicht an, daß auf irgend einer Seite die Absicht einer Dupirung der Reichsvertretung bestanden habe; aber dann war der ganze Vorgang das Symptom einer wahrhaft erschreckenden Zerfahrenheit und Planlosigkeit in der Leitung der Finanzangelegenheiten des Reichs. Wie in aller Welt soll der Reichstag einer solchen Leitung gegenüber das Vertrauen bewahren können? Wahrlich, berechtigter, als je vorher war am Sonnabend der Ruf, daß es so nicht weiter gehen könne. Was aber geschah von Seiten der Regierung? Die nationalliberalen Redner mochten noch so überzeugend den inneren Zusammenhang der Steuerreform mit der Reichsorganisationsfrage nachweisen, mochten noch so laut die staatsrechtlichen Vorbedingungen der Steuerreform betonen — sie sprachen in den Wind, für die Regierung, für den Reichskanzler schien dieser Zusammenhang gar nicht zu existieren. Es begreift sich, daß auf dem Boden einer solchen Situation eine Reformarbeit, wie sie in den letzten Monaten erörtert worden, nicht unternommen werden kann. Die Führer der nationalliberalen Partei sind entschlossen, und haben dies auch, wie wir hören, in Uebereinstimmung mit der gesammten Fraktion bereits kundgegeben:

solange die von ihnen für nöthig gehaltenen konstitutionellen Garantien nicht ausdrücklich zugesichert sind, sich weder auf persönliche noch auf sachliche Engagements einzulassen.

Auch die nationalliberale „Berl. Ant. Korr.“ konstatiert, daß gegenwärtig kein Einverständnis zwischen der Regierung und der nationalliberalen Partei über die grundlegende Politik im Reich besteht. Sie zieht das Resultat der „inneren Krisis“ in folgendem Artikel:

Die Stellung der nationalliberalen Partei zu den Steuervorlagen ist schon von dem ersten Redner derselben, Abgeordneten Freiherrn von Stauffenberg, in einem umfassenden Vortrage begründet worden, unter allen Rednern hat dieser allein sofort den ganzen Inhalt der dabei in Betracht kommenden politischen und finanziellen Gesichtspunkte mit Klarheit und Deutlichkeit dargelegt. Der von ihm entwickelte Standpunkt seiner Parteigenossen läßt sich kurz dahin zusammenfassen: Dem Reiche gebühre eine größere Selbstständigkeit seines Finanzsystems durch Erhöhung der eigenen Einnahmen. Es müsse dieses Ziel aber auf Grundlage einer umfassenden, klar überfichtlichen und abschließenden Finanzreform herbeigeführt und dürfe nicht lediglich auf Vermehrung der Einnahmen hingekürzt werden. Es sei ferner unentbehrlich, sowohl im Reiche wie in den Einzelstaaten die staatsrechtlichen Garantien zu gewahren, durch welche die Volksvertretung einen maßgebenden Einfluß auf die jährliche Festsetzung der Einnahmen und Ausgaben und demgemäß auf die Gesamtsumme der dem Volke zugemutheten Belastung gewinnt. Endlich müsse das Reich eine fest gegliederte Organisation der Regierung erhalten, welche eine thätige Wahrnehmung aller Regierungsgeschäfte und insbesondere eine selbstständige Finanzverwaltung verbürgt. — Keine dieser Forderungen war neu; sondern eine jede derselben ist von jeher von der nationalliberalen Partei vertreten gewesen; wichtig allein war die präzise Zusammenstellung derselben und ihre einstimmige Unterfützung durch die gesammte Partei. Dieser Erklärung gegenüber ist es von äußerster Wichtigkeit festzustellen, daß erstens zur äußersten Ueberraschung der Partei, wie des gesammten Reichstages von der Regierung das Tabakmonopol als Mittelpunkt und ansehnlich alleiniges Ziel der Finanzreform erklärt und dadurch der ganze Gang der zukünftigen Reform in's Ungewisse gestellt worden ist; daß zweitens auf die Hauptforderungen sowohl staatsrechtlichen wie politischen Inhalts von Seiten der Regierung auch nicht mit einer Silbe eingegangen worden ist. Der so hervorgetretene Gegensatz hat dazu beigetragen, die beiderseitigen Stellungen zu einander dahin zu klären, daß zur Zeit über die grundlegende Politik, welche im Reiche zu befolgen ist, im Einverständnis zwischen der Regierung und der nationalliberalen Partei nicht existirt, daß also erst in den Einzelverhandlungen, welche folgen werden, sich zeigen wird, wie weit die Wege beider zusammengehen.

Fürst Bismarck wird über die Situation nicht im Zweifel sein können. Schon während der Sonnabendstunde des Reichstages konferirte der Reichskanzler Fürst Bismarck mit dem Abg. v. Bennigsen im Konferenzzimmer des Bundesrathes. So viel verlautet, sagt die „Nat. Ztg.“, hat dabei Herr von Bennigsen dem Reichskanzler gegenüber die Unmöglichkeit konstatiert, auf dem Boden des Monopols eine Steuerreform mit irgend einer Aussicht zu unternehmen. Da auch die in Aussicht genommenen Verfassungsgarantien anscheinend nicht überwindbaren Schwierigkeiten begegnen, so betrachtet man auf nationalliberaler Seite die an den Namen des Herrn von Bennigsen geknüpften Kombinationen zur Zeit als erledigt.

Was die Regierung nun thun wird, um aus der Sackgasse herauszukommen, ist eine Frage, über die sich Fürst Bismarck den Kopf zerbrechen mag. Einstweilen hören wir von offiziöser Seite, daß noch nichts geschehen ist. Unser Δ-Korrespondent schreibt: „Das am Sonnabend verbreitete Gerücht, daß der Finanzminister am Freitag Abend sein Entlassungsgesuch eingereicht habe, hat sich, wie auch schon aus den am Sonnabend vom Ministerische gegebenen Erklärungen geschlossen werden konnte, nicht bestätigt. Auch nach der Sonnabendstunde sind entscheidende Schritte von keiner Seite erfolgt und solche auch für die nächste Zeit nicht wahrscheinlich. Wie die Dinge sich gestaltet haben, dürfte die weitere Entwicklung an die Behandlung der Steuervorlagen in der Budgetkommission anknüpfen. In diesem Augenblick ist weiter nichts erstichtlich, als daß die bisherigen Debatten die Situation nicht geklärt haben.“

Der offiziöse berliner Berichterstatter der wiener „Politischen Correspondenz“ greift in einem vom 20. Februar datirten Briefe noch einmal auf die Orientdebatte des deutschen Reichstages zurück und bemerkt dann:

„In den fast gleichzeitig zu Wien und Pest verlesenen Regierungserklärungen ist, so weit der telegraphische Auszug dies erkennen läßt, der Nachdruck auf den Protest Oesterreichs „gegen jede Verschiebung der Machtverhältnisse auf dem Balkan zu seinen Ungunsten“ gelegt worden. Mit vollem Recht. Wenn auch Bulgarien sich nicht so rasch entwickeln wird, wie Rumänien unter dem Fürsten Karl es wenigstens in militärischer Beziehung gethan, so entsteht durch die Thatsache einer christlichen Regierung und Verwaltung eines Fürstenthums Bulgarien mit eigener nationaler Miliz, d. h. eigenem Heere, jedenfalls ein völlig neuer Faktor, welcher in 15-20 Jahren auch militärisch erheblich in das Gewicht fallen könnte. Da es nun aber unmöglich ist, die türkische Herrschaft in Bulgarien wieder herzustellen und das Land von Neuem dem Paschas und einer türkischen Armee mit ihrem unvermeidlichen Zubehör zu überliefern — wozu Rußland sich nimmermehr entschließen würde — so bleibt kaum ein anderer Ausweg, als daß Oesterreich-Ungarn sich selbst diejenigen Garantien nimmt, resp. sie auf dem Kongreß verlangt und dort auch durchsetzen wird, welches es zur Herstellung des Gleichgewichts seiner Interessen für erforderlich erachtet. Diese Garantien werden allerdings nur dann wirkliche Bürgschaften sein, wenn Oesterreich-Ungarn selbst sie mit festen Händen hält und sie so weit ausdehnt, als die Interessen des Handels und der allgemeinen staatlichen Sicherheit zu Lande und zur See es erfordern. Herr v. Bennigsen, der Führer unserer nationalliberalen Partei, hat in seiner zur Begründung der Interpellation gehaltenen Rede unter voller Anerkennung der Berechtigung

Rußlands, seinen Anstrengungen auch den entsprechenden Erfolg zu sichern, die Sorge um die Machtstellung Oesterreichs herbeizutreiben lassen, indem er gleichzeitig jedwede Regung expansiver Natur, jedes Machterweiterungsgelüste, deren Deutschland namentlich von flexibler Seite so oft verdächtigt wird, feierlich und ausdrücklich als außerhalb der Ziele der deutschen Politik und der Wünsche der deutschen Nation gelegen bezeichnete. Angesichts der immerhin vorhandenen Möglichkeit des Eintritts des Führers der nationalliberalen Partei in die Regierung haben jene Erklärungen ihre bestimmte Bedeutung. Sie richten sich im Voraus gegen alle Unterstellungen des Mißtrauens, welche etwa an den Eintritt des Herrn v. Bennigsen in die Regierung — mag dieser Schritt nun früher oder später erfolgen — im Auslande oder vom Inlande aus betrieben werden sollten. „Jede Machterweiterung wäre für uns eine Verlegenheit.“

Deutschland.

Berlin, 25. Februar. Nachdem heut der Reichstag seinem sozialdemokratischen Mitgliede Fritzsche für die Dauer der Session Immunität zugestimmt und die beanstandete Wahl des Herrn Dr. Harnier gutgeheißen, trat er in die zweite Lesung des Reichs-Etat, dessen freitragende Theile bekanntlich der vorherigen Sitzung durch die Budget-Kommission überwiesen sind. Was irgend zweifelhaft schien, ging heute noch nachträglich denselben Weg, und so blieb es im Ganzen bei einem Austausch von Fragen und Antworten, dessen Gemüthlichkeit nur durch fünfstündige Dauer beeinträchtigt wurde. In den Antworten freilich entwickelten die Vertreter der Reichsregierung herzlich wenig Abwechslung. „Es kommt Alles! Es ist schon in Arbeit!“ so lautete die Auskunft, als nach der Novelle zum Aktiengesetz und nach der reichsgesetzlichen Regelung des Pfandbriefwesens geforscht wurde. Dieselbe Replik wurde auch bezüglich des Reichseisenbahngesetzes ertheilt, über welches bereits Vereinbarungen zwischen dem Reichseisenbahnamt und dem preussischen Handelsministerium erzielt sein sollen. Nur über einen Punkt fehlte es an jeder Auskunft, als nämlich Herr Richter-Hagen den Reichskanzler fragte, ob er das Reichseisenbahnprojekt nun völlig aufgegeben habe. Aus den weiteren Verhandlungen ist als einigermaßen bemerkenswerth das Faktum hervorzuheben, daß die Repräsentationszulage von 30,000 Mark, welche im vorigen Jahre nur dem Botschafter in St. Petersburg gewährt wurde, diesmal gegen den Widerspruch des Zentrums und der Fortschrittspartei auch dem Vertreter des Reiches in London zufließt. Der Abg. Fröhlich regte dann die Frage wegen des Grenzverkehrs mit Rußland an. Herr Fröhlich, sachl. Rechtsanwält, wurde 1864 als Professor der Nationalökonomie an das haltische Polytechnikum zu Riga berufen und begann während der Verhandlungen Deutschlands mit Rußland über einen liberalen Zollvertrag (1866 und 1867) in der russischen Presse eine freihändlerische Agitation dafür. Die Regierung wies ihn deshalb zurecht, stellte ihm aber zugleich eine gute Karriere im Staatsdienst in Aussicht. Beides lehnte er ab und wurde darauf ohne Weiteres abgesetzt; seitdem lebt er als nationalökonomischer Schriftsteller in Berlin. Dieser Abgeordnete, der nationalliberalen Partei angehörend, fragte heute den Reichskanzler, ob auf Abhilfe der Uebelstände an der russischen Grenze, deren Beseitigung sowohl von russischen wie deutschen Kaufleuten gewünscht wird, zu rechnen sei. Fürst Bismarck bezeichnete es als zweifelhaft, ob im Laufe dieser Session ein Ergebnis über die Verhandlungen, die gegenwärtig mit der russischen Regierung über die Erleichterung des Grenzverkehrs schweben, erwartet werden könne. Er möchte überhaupt vor der Täuschung warnen, daß politische Freundschaften notwendig auch übereinstimmende Ansichten über Schutzzoll und Handelsbeziehungen überhaupt zur Folge haben müßten. Deutschland werde auf Rußland in dieser Beziehung nur dann Eindruck machen, wenn es einen entsprechenden Zoll auf russische Produkte lege, so daß russische Interessen geschützt werden. Zum Schluß brachte Abg. Hänel die bekannten Vorfälle mit dem deutschen Konsul Eschenhardt in Nicaragua zur Sprache. Staats-Sekretär v. Bülow stellte hierüber eine Denkschrift in Aussicht.

Berlin, 25. Februar. Dem Bundesrath ist der Entwurf eines Gesetzes, betreffend den Bau von Eisenbahnen in Pothringen, zugegangen. Es wird beantragt, auf Rechnung des Reichs Eisenbahnen von Chateau-Salins nach Saaralben, von Dieuze nach Bessdorf und von Karlingen nach Hargarten anzulegen, eine Verbindungsbahn zwischen den Eisenbahnlinien Bilsch-Saargemünd, sowie Zweibrücken-Saargemünd einerseits und Saargemünd-Saaralben andererseits auszuführen und die Zwischenstationen auf den Strecken Saargemünd-Saaralben und Saargemünd-Beningen erweitern zu lassen. Zur Ausführung der bezeichneten Bauten sind 15,120,000 M. erforderlich, welche im Wege des Kredits flüssig gemacht und wovon im Etatsjahr 1878/79 6,000,000 Mark und im Etatsjahr 1879/80 9,120,000 M. verausgabt werden sollen. — Nachdem nunmehr für die geordnete Entwicklung der gewerblichen Fortbildungsschulen eine sichere Grundlage gewonnen ist, liegt es in der Absicht des Kultusministers, auch den bauerlichen Fortbildungsschulen eine festere Gestalt zu geben. Zu diesem Zwecke sind die Provinzial-Regierungen beauftragt worden, möglichst bald, jedenfalls aber vor dem 1. August d. J. zu berichten, wie viele bauerliche Fortbildungsschulen in den einzelnen Bezirken bestehen, ob dieselben mehrere Klassen bilden und von wem der Unterricht ertheilt wird, ferner über welche Gegenstände derselbe sich verbreitet, insbesondere in wie viel Schulen er eine bestimmte Beziehung auf die Landwirtschaft nimmt. Gleichzeitig wird eine Aeußerung verlangt über die Bedingungen, an welche der Staat seine Zuschüsse zu knüpfen haben würde. Derselbe gewährt

gegenwärtig an 191 Fortbildungsschulen Zuschüsse im Betrage von 142,150 M. — Durch den Bergbaupräsidenten Ottlik sind über die Personal-Verhältnisse der kaiserlichen Berg- und Hüttenwerke am Oberharz dem statistischen Bureau Nachweisungen gegeben worden. Nach denselben waren auf den gedachten Berlen am 1. Oktober v. J. beschäftigt 4734 Personen, davon 25 Verwaltungsbeamte und 3900 Mann Belegschaft beim Bergbau, 19 Verwaltungsbeamte und 790 Mann beim Hüttenwesen. Die Belegschaft der Silberhütten bilden 47 Aufseher und 220 eigentliche Hüttenleute. Für die Dauerhaftigkeit der Beschäftigung spricht die Tabelle des Dienstalters. Weniger als 3 Jahre arbeiteten nur 591 Mann, 3—5 Jahre 280 Mann, 5—10 Jahre 643 Mann, 10—20 Jahre 897 Mann, 20—50 Jahre 2146 und sogar über 50 Jahre noch 33 Mann. 316 Arbeiter sind Hauseigentümer, 848 Besitzer von Feld und Wiese.

— Ueber die schon erwähnte parlamentarische Soirée beim Fürsten Bismarck am Sonnabend schreibt man der „Magd. Ztg.“:

Anger den Repräsentanten beinahe aller Fraktionen des Hauses waren, mit Ausnahme Camphausen's und Leonhardt's sämtliche preussische Minister, die Bundesräthe, Minister der Bundesstaaten, die Repräsentanten des Reichskanzleramts u. a. anwesend. Der Reichskanzler erschien ausgedehnt und unterhielt sich lebhaft mit seinen Gästen. Von einer Einwirkung der erregten parlamentarischen Debatte auf seine Haltung war nichts zu merken. Einer Anspielung darauf antwortete er: „Die Parlamentsherren langweilten sich und ich mußte von Varzin hierherkommen, um sie zu unterhalten.“ Trotz dieses geflügelten Wortes überwog der Ernst der Situation alle anderen Stimmungen in der Versammlung, und den Gegenstand der Konversation bildete beinahe ausschließlich die vorbergegangene Sitzung des Reichstages und Alles, was sich daran betrefend der inneren Krisis, Personalien, Steuerprojekte und der Ministerdemission knüpfte.

Auch Minister Delbrück ist, wie anderweitig berichtet wird, auf der Soirée erschienen und sein Erscheinen vielfach dahin kommentirt worden, daß mit diesem Staatsmann Verhandlungen über seinen Wiedereintritt in den Reichs- oder Staatsdienst gepflogen worden. (?)

München, 23. Februar. Aus Geiselhöring (Niederbayern) wird berichtet: „Aus dem hiesigen Kloster der Schulschwestern ist dieser Tage, Morgens, eine Schwester entflohen. Dieselbe war 28 Jahre lang im Kloster, fand aber ihre Behandlung schließlich unerträglich und entwich, indem sie des Morgens die Kirchentür zu öffnen hatte, zur Bahn. Weltlicherseits ist ihr bereits Schutz zugesagt.“

Reg, 23. Februar. Der Versuch, das bei Küstenbefestigungen schon seit längerer Zeit bewährte System der Panzerbüchse auch bei Landfestungen anzuwenden, wurde erstmals bei einem hiesigen Fort angesetzt. Der von Gruson in Budau gelieferte Thurm aus Hartgussstahl fand den allgemeinen Beifall der Sachverständigen, speziell auch Sr. Majestät bei seinem Hiersein im Mai vorigen Jahres, so wie des Kriegsministers und Wolke's, so daß die Anbringung zweier weiterer Thürme beschlossen wurde. Die Bestandteile derselben, unter denen die Deckplatten durch ihre gewaltige Größe auffallen, sind dieser Tage per Bahn hier eingetroffen, um nach ihrem Bestimmungsorte, dem Fort Kamele, per Achse weiter befördert zu werden. Bei letzterem Werke, das noch im Laufe dieses Jahres beendet werden wird, soll der neuen Befestigungsweise besonders deshalb große praktische Bedeutung zukommen, weil das Fort nicht, wie die meisten übrigen Forts der Festung, auf dominirender Höhe steht. Mit Fertigstellung des Forts Kamele werden die Befestigungsarbeiten in Reg ihren Abschluß erhalten. (M. Z.)

Stalien.

Rom, 23. Februar. Die Krönung des Papstes sollte nach altem Brauch am ersten Sonntag nach der Wahl stattfinden, sie ist aber aufgeschoben worden. Der Papst will vorerst des Hofpersonals versichert sein, das ihn bei jener Gelegenheit umgiebt. Bis jetzt ist aber kein einziges päpstliches Handschreiben ergangen, das eine der Hofchargen befähigt hätte. Wichtiger, aber von minder feststehendem Termin ist die Besignahme vom Lateran als päpstlicher Leibkirche und „omnium ecclesiarum caput et mater“. Bei jener Gelegenheit empfängt das Kapitel den Papst und der Kardinal Erzpriester übergibt den Schlüssel. Das Kapitel hat noch keinerlei Befehle über den betreffenden Akt erhalten. In hiesigen offiziellen Kreisen wird bemerkt, daß der Papst bis jetzt in Allem das alte Cerimoniel befolgt hat, welches für die Wahlen, die im Vatikan vorgenommen werden, üblich ist. Dieses Cerimoniel ist schon der Verlichkeit halber verschieden von dem im Quirinal üblichen. Als der Papst gewählt war, machten einige Kardinalde den Vorschlag, ihn auf dem Damaskusfuß zu proklamieren, aber der neue Papst sagte entriistet, ob er sich Kutschern und Bedienten anklündigen solle; er wolle sich dem Volke anklündigen. Ein bestimmtes Gerücht sagt, nach der Segenspendung in St. Peter sei der Papst ungenirt durch Rom zu seiner Wohnung im Palazzo Falconieri gefahren, um seine Habseligkeiten zu holen. Ueber den angeklündigten Protest des Papstes gegen die Usurpation weiß das hiesige Auswärtige Amt noch nichts. Derselbe wird, vom Kollegium unterschrieben, entweder als Anhang zu der für das erste Konfistorium in Aussicht genommenen Allokution oder zur Enchirika erscheinen, die nach der Krönung erlassen wird. Jedoch soll die Parlamentsöffnung abgewartet werden, um einen Einfluß auf die Thronrede und die Rückwirkung desselben auf die Aktion des Papstes zu vermeiden. Heute Morgen fand großer Empfang im Vatikan statt, namentlich französischer Pilger, und zwar mit starker Akzentuation des Pantoffelstufes, statt des Handluffes, womit Pius IX. sich begnügt hatte. Die Pilger loben das gute Französisch des Papstes.

Ich habe, so meldet ein Korrespondent der „K. Ztg.“, gute Aussichten bezüglich der Beilegung des kirchenpolitischen Zwistes mit Deutschland mitzutheilen. Verschiedene Mitglieder des Kollegiums haben ein gutes Wort beim neuen Papste eingelegt, damit die das Gewissen der deutschen Katholiken bedrückende Spaltung möglichst geschlossen werde. Dabei haben sie natürlich nicht verhehlt, daß die Kurie den ersten Schritt thun müsse. Ein solcher wäre eine Anweisung an die deutschen Bischöfe, den Pfarrern zu erlauben, der Regierung die gesetzliche Anzeige ihrer Bestallung zu machen. Leo's Antworten auf solche verschiedene Mal und von verschiedenen Kardinalen gemachte Vorstellungen lauteten aufkommend. Ich erfahre, daß eine Kommission von drei italienischen Kardinalen beauftragt worden ist, die Prüfung und ein Gutachten über die deutsche Kirchenfrage aufzustellen. Die Wahl dieser Persönlichkeiten verspricht Gutes. Sie sind de Luca, Nina und Franchi, alle bekanntlich Vertrauensmänner der gemäßigten Fraktion. Jedenfalls scheint der unheilvolle Einfluß des Streiterufers Ledochowski ausgeschlossen. Das Mißvergnügen der extremen Partei ist hier bereits offenkundig. Die Karlsruher Presse von hier ist zudem durch die Entziehung der

früher erhaltenen Subvention aufgebrächt, wagt aber nicht laut zu mucken und rächt sich durch Verfüllung von Dokumenten Becci's aus den Annerionsjahren, in denen der damalige Bischof von Perugia die Kirchenräuber verdonnert. Der „Osservatore“ verspricht nun Fortsetzung dieser kostbaren Dokumente und versichert, der Papst habe einigen Kardinalen gesagt, es werde ihm keinen Skrupel machen, von Zeit zu Zeit als Privatmann den Vatikan zu verlassen. Solche Anschläge ließen seine amtliche Stellung und das non possumus unberührt. Ende März findet ein Konfistorium statt, in dem drei Kardinalde ernannt werden sollen. M. Closter ist gestern hier angekommen.

Rom, Leo XIII. empfing, wie der „Germania“ berichtet wird, die aus Deutschland anlässlich der Trauerfeierlichkeiten für Pius IX. und der Neuwahl des Papstes nach der ewigen Stadt Geeilten in „höchst gnädiger“ Weise, richtete „überaus liebenswürdige“ Worte an jeden Einzelnen, gedachte des Besuches, welchen er dem seligen Kardinal und Erzbischof v. Geißel noch, wie wir s. Z. melden konnten, im Jahre 1845 abgestattet hatte, und erinnerte sich lebhaft an seinen Aufenthalt in Aachen und Köln. Seine besondere Aufmerksamkeit erregten zwei Berliner Herren, welche als Vertreter der Katholiken der Hauptstadt des neuen deutschen Reiches in Rom erschienen waren; andererseits sprach sich der Leo mit großer Anerkennung über die Festigkeit aus, mit welcher die preussischen Katholiken im Allgemeinen dem Glauben treu geblieben sind. Nachdem er die anwesenden zweiundzwanzig Herren sämtlich zum Handkuffe zugelassen hatte, ertheilte er ihnen den päpstlichen Segen. Daß Alle, welche der Audienz beiwohnten, von der Liebesswürdigkeit Seiner Heiligkeit gerührt und hocherfreut waren, bedarf nach der „Germania“ keiner Erwähnung.

Aus der intimen Korrespondenz Viktor Emanuel's wird jetzt durch die indiscrete Publikation eines Hauptmanns Chiala, der deswegen mit Festungshaft bestraft wurde, ein interessantes Schreiben Viktor Emanuel's aus der Zeit des letzten Krieges mit Oesterreich bekannt. Als Viktor Emanuel diesen Brief schrieb war er in Ferrara; General Cialdini hatte ihm soeben erklärt, daß er den Oberbefehl über die bei Custozza vom Erzherzog Albrecht geschlagene Armee nur dann übernehmen werde, wenn der König sich aus dem Hauptquartier entferne und Prinz Amadeus durch einen anderen Brigade-General ersetzt werde. Der König war über dies Begehren Cialdini's hoch erzürnt und diktierte (nach einer römischen Mitteilung des „Berl. Tagebl.“) noch am Abend desselben Tages, des 16. Juli 1866, dem Kriegsminister Pettinengo folgende Antwort an Cialdini in die Feder: „Sagen Sie Herrn Cialdini, er könne mich nicht verhindern, bei meinem Heere, meinen Kindern, zu verbleiben. Ich werde den Marsch seiner Armee nicht beeinflussen und ihm den Oberbefehl ruhig überlassen, aber sobald der Augenblick eintritt, daß eine entscheidende Schlacht geschlagen wird, befehle ich darauf, an der Schlacht persönlich theilzunehmen, denn dies erfordert die Ehre der Armee. Die Würde Italiens, die Achtung und Ehrfurcht vor dem preussischen Könige, der inmitten seines Heeres weilt, verlangen von mir gebieterisch eine solche Handlungsweise. Sagen Sie dem Herrn Cialdini, daß er sich nicht anmaßen dürfe, König von Italien zu sein. Meine Gegenwart ist unerlässlich im Hinblick auf einen Waffenstillstand oder wegen der Friedensverhandlungen nach einer Entscheidungsschlacht. Hinsichtlich der Entfernung meiner Söhne gebe ich nach, obgleich es die Armee verstimmen wird. So lange Cialdini marschirt, will ich fern sein, am Tage der Schlacht darf der König nicht fehlen.“

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt:

Trotz des Sprichworts, daß die Wände des Konklave Ohren und Zungen haben, pflegt über die innersten Vorgänge einer Papstwahl erst nach langer Zeit etwas bekannt zu werden, und ist gewiß in vielen Fällen niemals etwas bekannt geworden. Aus den Familienarchiven der italienischen Adelsgeschlechter hat Ranke vielerlei entnommen; aber nach dem Werke von Cartwright enthalten dieselben noch viele ungehobene Schätze. Man wird daher auch auf den Gedanken verzichten müssen, sobald zu erfahren, wie es bei der Wahl Leo's des Dreizehnten zugegangen ist, wird aber vielleicht aus dem Verhalten des Papstes Rückschlüsse darauf machen können, was an den jetzt umlaufenden, einander widersprechenden Angaben richtig ist. Von sehr glaubwürdiger Seite kommt die Nachricht, daß der gewählte Papst der Kandidat des Selotens Manning gewesen sei; und eine Bestätigung dürfte in folgender Mitteilung des „Osservatore Romano“ vom 22. d. M. zu finden sein:

Nachdem der Kardinaldekan dem Kardinal Becci die übliche Frage lateinisch vorgelegt, ob er die Wahl annehme, und eine hejebante Antwort erhalten hatte, fragte er ihn: quomodo vis vocari? (Wie willst Du genannt werden?) Der heilige Vater erwiderte, er wolle Leo der Dreizehnte heißen, zur Erinnerung an den zwölften Leo, für welchen er immer die höchste Verehrung gehabt habe.

Leo XII. ist richtig als bornirt und als Reaktionsär bezeichnet worden. In der ersteren Eigenschaft ist der gelehrte und viel erfahrene Leo XIII. ihm nicht ähnlich; sollte sich seine Bewunderung auf die zweite Eigenschaft beziehen?

Das „Univers“ meint: „Die erste That Leo's XIII. ist die Bestätigung der Protekte Pius' IX. gegen die piemontesische Usurpation. Dies beweist, daß Leo XIII. wie Pius IX. der Gefangene des Vatikans sein wird. In dem er ins Konklave trat, aus dem er als Papst hervorging, hat Kardinal Becci der Kirche seine Freiheit geopfert.“ — Die französischen Katholiken haben eine Sammlung eröffnet, um Leo XIII. eine Tiara zu schenken, deren Werth auf eine Million veranschlagt sein soll.

Frankreich.

Paris, 22. Februar. Der mit der Untersuchung der Lage von Industrie und Handel beauftragte Senats-Ausschuß vernahm Hrn. Schneider vor Kreuzot. Dieser sprach gegen jede Herabsetzung der Zolltarife. Moseaux von Fies-Pille legte den bedauerlichen Zustand des Maschinenbaus dar; die Eisenbahngesellschaften hejügen ihre Lokomotiven vorzugsweise aus dem Auslande; die Zölle auf die Maschinen müßten erhöht werden. Sapé sprach im Namen der Uhrenfabrikation und hob die Fortschritte der amerikanischen Industrie hervor, gegen welche sich die Schweiz zu schützen gewußt. Der Ausschuß vertagte sich auf nächsten Donnerstags, um die Vertreter der Handelsmarine zu vernehmen.

Auf der Tagesordnung der hiesigen Presse steht jetzt die Frage, ob die Reste der Tuilerien vor Beginn der Weltausstellung verschwinden sollen oder nicht. Der Municipalrath hat sich, so weit er überhaupt mitzusprechen hat, für ihre Befestigung erklärt; die republikanischen Blätter verlangen dieselbe ebenfalls, „um den Fremden den abstoßenden Anblick einer solchen Ruine zu ersparen.“ Die Konservativen fordern die Erhaltung dessen, was von dem alten Schlosse noch übrig ist. Jene beschuldigten die Monarchisten, sie wollten die Tuilerien restauriren, um einmal darin wieder einen Kaiser oder König krönen zu können. Diese werfen den Republikanern vor, alles vernichten zu wollen, was an die Monarchie erinnere.

Großbritannien und Irland.

London, 23. Febr. Heute schon veröffentlicht die englische Regierung in einem dünnen Heft, betitelt „Turkey Nr. 17 (1878)“, die

zwischen ihr und dem russischen Kabinett über die Nichtbesetzung Gallipolis und der Ufer der Dardanellen gewechselten Schriftstücke, deren Lord Derby vorgestern Abend im Oberhause Erwähnung that. No. 1 der Schriftstücke ist von Schuwaloff an Derby gerichtet und hat folgenden Wortlaut:

London, 6/18. Febr. 1878.
Fürst Gortschakoff ermächtigt mich telegraphisch, Ew. Excellenz zu erklären, daß das kaiserl. Kabinett sein Versprechen, Gallipoli nicht zu besetzen, noch in die Linien von Bulair zu rücken, aufrecht hält. Das kaiserliche Kabinett erwartet dagegen (s'attend on échange), daß keine Truppen-Abtheilung auf asiatischem oder europäischem Ufer ausgeschißt werde.

Die Antwort hierauf ist in folgender an den Grafen Schuwaloff gerichteten Mittheilung (Nr. 2 der vorliegenden Sammlung) enthalten:

Ihrer Majestät Regierung hat mit großer Gemuthung die Bekräftigung der Zusicherung der russischen Regierung empfangen, daß sie die Halbinsel von Gallipoli nicht zu besetzen gedenke, sowie die Erklärung, daß in dieser Zusicherung die Linien von Bulair einbezogen sind. Ihre Majestät Regierung ist ihrerseits bereit, diejer Zusicherung durch eine entsprechende Verpflichtung entgegenzukommen, da keine Truppen von der europäischen Seite der Meerengen (Dardanellen) zu landen, und ist bereit, diese Verpflichtung auf die asiatische Seite der Meerengen auszuüben gegen den Empfang einer, wie Ihre Majestät Regierung nicht bezweifeln kann, in dem bereits Gesagten im Prinzip eingeschlossenen Zusicherung der russischen Regierung, daß die russische Regierung ebenfalls diese Seite der Meerengen nicht besetzen wird.

Auswärtiges Amt, 19. Februar 1878.

Den Schluß bildet folgende hierauf vom Grafen Schuwaloff dem Grafen Derby ertheilte Antwort:

Den 9. 21. Febr. 1878.
Fürst Gortschakoff beauftragt mich, Ew. Excellenz mitzutheilen, daß das kaiserliche Kabinett nicht beabsichtigt, das asiatische Ufer der Dardanellen zu besetzen, wenn England sich dessen ebenfalls enthält. Wenn diese Bedingung erfüllt würde ebenso wie diejenige, keine englischen Truppen auf dem europäischen Ufer der Meerengen auszuschißen, so würden wir Gallipoli nicht besetzen und in die Linien von Bulair nicht einrücken.

Türkei und Donaufürstenthümer.

Die „Agence Havas“ formulirt in einem Telegramm aus Konstantinopel vom 22. ds. die Friedensbedingungen folgendermaßen:

Nach den Friedensbedingungen soll sich das bulgarische Fürstenthum bis Salonich, den Athosberg inbegriffen (!) erstrecken. — Der Friede soll in Adrianopel unterzeichnet werden. Die Russen verlangen, daß ein Theil der türkischen Flotte gegen Nachlaß eines Theiles der Kriegsschadigung an Rußland abgetreten werde. Der Minister-rath hat diese Forderung absolut zurückgewiesen. Weiteres sollen die Russen die definitive Abtretung der am Bosphorus gelegenen Bai von Beikos verlangen, um dort eine russische Flottenstation zu errichten. Die Kriegsschadigung soll fünf Milliarden Francs betragen. Eine Milliarde soll sogleich baar mittelst eines durch die Einnahmen der emanzipirten Provinz garantirten Anlehens bezahlt werden. Die Russen sollen übrigens verlangen, daß die Rumänen, Serbien und Montenegro — außer den für sie in Aussicht genommenen Gebietsvergrößerungen — auch einen Antheil an der pekuniären Kriegsschadigung erhalten. In Folge der Anwesenheit der englischen Flotte im Marmarameere wollten die Russen Konstantinopel besetzen. Aber die Türkei machte geltend, daß die Flotte ohne ihre Ermächtigung eingefahren sei und ersuchte, daß die Russen nur San Stefano in der Umgebung Konstantinopels besetzen. In Folge dessen werden morgen 10,000 Russen San Stefano besetzen. Die russischen Truppen, welche die Umgebungen Konstantinopels besetzt halten, werden nicht sogleich in Konstantinopel einrücken. Nur das russische Armeekorps von Adrianopel wird sich nach dem Friedensschlusse in Konstantinopel einschiffen, um nach Deffa dirigirt zu werden.

Der Wiener „Abendpost“ wird aus St. Petersburg geschrieben:

„Realität sprach ich von einer bulgarischen „Dornenkrone“, und nach Allen, was man hier aus Bulgarien vernimmt, wird die Aufgabe, in dieser Provinz Ruhe und Ordnung herzustellen, keine leichte sein. Der keineswegs sympathische Bulgare giebt seinem türkischen Stammesgenossen in Wildheit und Grausamkeit wenig nach. Gleich nach den türkischen Niederlagen fielen südlich des Balkan die Bulgaren über die des Schutzes beraubten türkischen Dörfer her und begingen Grausamkeiten, welche denen der Tcherkesen kaum nachstanden. Die russischen Generale haben energische Maßregeln getroffen, um diesen Greuelthaten zu steuern, mehrere Bulgaren sind verhaftet worden und sehen einer strengen Bestrafung entgegen. Mit der provisorischen Einführung der russischen Verwaltung übernimmt letztere die Garantie für den Schutz der Mohamedaner.“

In Armenien hat man die meisten der türkischen Beamten beibehalten und namentlich dafür gesorgt, daß der Gottesdienst in den Moscheen nicht gehindert werde. Dort ist die Ruhe gesichert und bemacht man streng die Kurden, ein herlichtes Kaufgefinde, welches der Zivilisation wenig zugänglich ist. Exerum ist bereits von russischen Truppen besetzt, während die türkischen unter Ismail Pascha, welcher sich von seiner Erkrankung nunmehr wieder erholt hat, mit Sa. und Pa. und stinkendem Spiele ausgezogen sind.

Mit der englischen Forderung zu Gunsten der griechischen Provinzen und Inseln des türkischen Reiches ist man hier völlig einverstanden. Ueberhaupt hat ja der Kaiser nicht für die Bulgaren allein das Schwert gezogen, sondern für die Verbesserung der Zustände aller Christen des ottomanischen Reiches. Was die Großmächte zu deren Gunsten auf der Konferenz vorschlagen werden, dürfte von Seite Rußlands eine warme Unterstützung finden.“

Betreffend der rumänisch-russischen Verhandlungen über die bessarabische Frage, schreibt man der „Pol. Kor.“ aus Bukarest, 19. Februar:

Den Gegenstand der Audienz, welche der hiesige russische Generalkonsul, Baron Stuart, beim Fürsten Karl hatte, sowie der hierauf stattgefundenen längeren Konferenzen dieses Diplomaten mit den Ministern Bratiano und Coganiceanu, hat die leibige „Bessarabische Frage“ gebildet. Rußland will heute der ganzen Sache eine andere Wendung geben. Rumänien soll freiwillig und unter Beobachtung aller durch seine Verfassung bezeichneten Formen in die Retrocession seines Südens Bessarabiens an Rußland willigen. Rußland seinerseits verspricht hierfür, wie ganz positiv gemeldet werden kann, nicht nur einen Theil der Dobrubtscha, sondern auch noch die vollste Anerkennung der Unabhängigkeit Rumäniens nicht nur von Seite Rußlands, sondern auch Seitens der Türkei selbst, wie auch eine bedeutende Geldentschädigung, obschon die Biffer selbst noch nicht zur Sprache gekommen ist. Wie es jedoch vorläufig noch den Anschein hat, lehnen sich die Minister noch immer an die bekannten Kammer-Boten an, die jede Verletzung des derzeitigen Territorialbestandes verhorreszieren, und weisen überdies auch noch auf Artikel II. der Verfassung hin, der ausdrücklich besagt, daß das Territorium Rumäniens unüberäußerlich ist. Letzterer Berufung tritt allerdings die russische Diplomatie mit der Hinweisung auf Alinea I. des erwähnten Artikels entgegen, welches also lautet: „Die Grenzen des Staates können nicht verändert oder rektifizirt werden, außer kraft eines Gesetzes.“ Nun demonstirt Rußland, daß eine solche Veränderung der Grenzen im Wege der Gesetzesgebung durchgeführt werden könne. Während in leitenden Sphären der Widerstand gegen die Forderung Rußlands noch immer als Prinzip betont wird, beginnt die öffentliche Meinung anderer Ansicht zu sein. Ohne gerade die bona fides der am Aude befindlichen Staatsmänner zu bezweifeln, glaubt man doch an ihrer Widerstandsbereitschaft gegenüber dem russischen Drängen zweifeln zu müssen, und fängt bereits an, wenn auch noch

widerstrebend, die Hoffnung aufzugeben, daß Besarabien dem Lande erhalten bleiben werde. Die hier installirte russische Armee-Intendantur läßt ihre mit großen Kosten hier erbauten Baracken abreißen und in Nijil neue Defen bauen. Nijil ist ein an der Eisenbahn mitten zwischen Plojefti und Buzen gelegener Markort und nach seiner geographischen Lage vortrefflich geeignet, um von dort aus die Verpflegung des russischen Lagers bei Plojefti zu besorgen. Ein großer Theil der russischen Intendant-Beamten ist auch bereits nach Nijil abgegangen.

Deutscher Reichstag. 9. Sitzung. (Schluß.)

Berlin, 25. Februar. Nach Bewilligung der Mehrforderung für den londoner Botschafterposten wendete sich die fortgesetzte Beratung des Reichshaushalts-Etats dem Titel 16 Botschafter in Petersburg zu. Zu diesem Titel führt Abg. Fröhner (auf der Tribüne schwer verständlich) aus, daß es ein dringender Wunsch nicht nur der Deutschen, sondern eben so sehr der russischen Handelswelt sei, daß eine Erleichterung des Grenzverkehrs zwischen Deutschland und Rußland herbeigeführt werde. Man hoffe, daß der Reichskanzler das gegenwärtige politische Verhältnis zu Rußland benutzen werde, um in diesem Sinne zu wirken. Er bitte deshalb um Auskunft, ob noch in dieser Session eine Erklärung darüber zu erwarten sei, welches Resultat die etwaigen Verhandlungen mit Rußland zur Erleichterung des Grenzverkehrs gehabt haben.

Reichskanzler Fürst Bismarck: Ich würde dem Vordrucker dankbar gewesen sein, wenn er von einem örtlich näheren Standpunkte gesprochen hätte; ich habe hier nur bruchstückweise so viel hören können, daß er von Erleichterungen des Grenzverkehrs gesprochen hat. Die letzte Frage ist vollständig zu mir gedrungen und ich muß sie leider dahin beantworten, daß ich sehr zweifle, daß wir im Laufe dieser Session ein Ergebnis der Verhandlungen, die augenblicklich schweben, zu erwarten hätten. Ich möchte überhaupt in diesem Jahre wie im vorigen vor der Täuschung warnen, daß politische Freundschaften und Nachbarschaften nothwendig in Hand gehen müssen mit übereinstimmenden Ansichten in Bezug auf Schugzoll und Grenzbehandlung. Die politischen Beziehungen haben darauf keinen Einfluß, können ihn auch nicht haben; denn wenn es auch in diesem Augenblicke für viele den Anschein hat, und zwar den, wie ich meine, unrichtigen Anschein, als sei unsere Freundschaft für Rußland wichtiger, als die russische Freundschaft für uns, so wechseln solche Momente in der Geschichte doch außerordentlich rasch, zu rasch, um davon die Zollverhältnisse abhängig zu machen. Nehmen Sie an, daß uns heute aus überschießender Liebe, die stürkere wäre, als die wirtschaftliche Theorie, in Rußland die Grenzen und die Schutzzölle vollständig und ohne Beschwerden geöffnet werden und es käme vielleicht nach 3 oder 5 Jahren, wenn der deutsche Handel sich darauf eingerichtet hat, eine Wendung, wo wir vielleicht Rußland's Unterstützung dringend brauchen und Rußland wollte sagen: Ja, erst richte einmal deine Zollgesetz so ein, daß wir Alles, nach Belieben, dahin ablegen können und erkläre sich damit einverstanden, daß wir unsere Zollverrichtungen wiederum ebenso schutzvöllnerisch einrichten, — ja, ich glaube, der Vordrucker hat zu gründlich über die Dinge nachgedacht, um darauf hinaus zu wollen, daß die politische Konjunktur ausgenutzt werden könnte für dergleichen. Das kann sehr vorübergehend sein und wirkt nachher sehr gegenständig. Ob wir auf dem Wege der Unterhandlung und des fortgesetzten Bestrebens, die russische Regierung davon zu überzeugen, daß ihre Theorie die unrichtige und unsere die richtige sei, Vortheil haben werden, das ist zu wünschen, aber ich habe kein sehr großes Vertrauen darauf. Für meine Ueberzeugung ist nach wie vor das Einzige, durch Maßregeln, durch die wir in irgend einer Weise — ich weiß nicht, ob durchschlagend — eine Aenderung auf die russische Zollgesetzgebung machen können, die Abwehr durch unsere eigene Zollgesetzgebung zu treffen, um die Differenz, um die es den Russen beschwerlicher ist, ihre eigenen Produkte statt in preussische Häfen nach Riga oder Neval bringen zu müssen — wenn wir einen dem entsprechenden Zoll auf alle russischen Produkte legen, die unsere Grenzen passieren, dann glaube ich, daß dieses Argument nicht ohne Einfluß auf Rußland bleiben wird. Auf wissenschaftlichem Gebiete aber glaube ich nicht, daß wir sie überzeugen werden.

Zu dem General-Konsulat von Guatemala bemerkt Abg. Hänel: In der Voraussetzung, daß der General-Konsul für Guatemala gleichzeitig als Geschäftsträger für Nicaragua fungirt, möchte ich die Aufmerksamkeit des Hauses auf den schwerwiegenden Streit lenken, in dem wir nach Zeitungsnachrichten mit dem letztgenannten Staat verwickelt worden sind. Hiernach ist der deutsche Konsul dort mißhandelt worden. Die Gerichte haben ihre Rechtsbills verweigert und darauf soll der General-Konsul von Guatemala in einer energischen Erklärung die Eröffnung des Rechtsweges, eine Entschädigung der Mißhandlungen und eine Ehrenerkärung gefordert, eventuell mit dem Einschreiten eines deutschen Kriegsschiffes gedroht haben. Diese Forderung ist nach den Angaben der Zeitungen von Nicaragua zurückgewiesen worden. Da mir authentische Nachrichten über den erwähnten Vorfall nicht zu Gebote stehen, so richte ich an die Vertreter der Reichsregierung die Frage, ob der Stand der Sache es erlaubt, nähere Mittheilungen darüber zu machen. Ich erkenne an, daß eine solche plötzlich gestellte Anfrage für den Herrn Reichskanzler gewisse Beschwernisse hat, vielleicht würde aber die Beantwortung für einen späteren Termin, etwa in Form einer Denkschrift, in Aussicht gestellt werden können.

Staatsminister v. Bülow: Zunächst bemerke ich, daß eine Denkschrift in dieser Frage vorbereitet und fast vollendet ist und je nach den Umständen dem Reichstage vorgelegt werden wird. Die Sache ist noch nicht so weit gediehen, daß wir schon gleich in diesem Augenblicke mit Dokumenten vor die Öffentlichkeit treten können. Es wird dem auswärtigen Amte nur erwünscht sein, durch Vorlage der Dokumente den Beweis zu führen, daß der Fall so aufgefaßt werden dürfte, wie er vom auswärtigen Amt aufgefaßt ist. Der Fall ist vom Vordrucker kurz und wesentlich richtig mitgeteilt worden. Das Resultat der vom Konsul beantragten Untersuchung war, daß die Sache niedergeschlagen wurde, nur der Bruder des Konsuls, dem ein Taschenvestel bei dem Ueberfall entfallen war, wurde bestraft; von dem Ueberfallenden wurde keiner zur Untersuchung gezogen. Das ist nach dem Urtheile eines dortigen Rechtsgelehrten eine vollständige Justizverweigerung. Das auswärtige Amt müßte den deutschen Konsul schützen. Die Regierung von Nicaragua verweigerte jede Genugthuung, die Veröffentlichungen über den Fall waren entstellend, die Vermittlungsversuche der befreundeten Mächte England und Nordamerika haben keine weiteren Resultate gehabt. Wir mußten also unsern Konsul, der zu den angesehensten Bewohnern der Stadt gehörte, in Schutz nehmen ebenso, wie das andere Bülker gethan haben. Es kommt darauf an von der Regierung von Nicaragua eine Sübne zu erhalten; das auswärtige Amt hat bei allen Verhandlungen immer daran festgehalten. Da auch die leiseste Entschuldigung verweigert ist, kann ich im Augenblicke weiter nichts sagen, als daß wir beschleunigt sind, die Klüste zu rekonstruieren. (Beifall.)

Abg. Schmidt (Stettin) fügt hinzu, daß nach einer Notiz des Reichskanzlers die englische Regierung sich bereit erklärt habe, weil ein deutsches Kriegsschiff sich nicht an der Küste von Nicaragua befand, mit seiner Streitmacht zur See für Angehörige des deutschen Reichs einzutreten. Es habe sich in diesem Falle wie auch sonst der Grundsatz der Solidarität befreundeter Mächte befand. Es sei jedoch der Augenblick nahe, daß Deutschland seine Interessen mit eigenen Kriegsschiffen an der Küste von Nicaragua vertreten werde.

Staatsminister v. Bülow: Die Bemerkung, welche der Vordrucker in „Reichsamerica“ gelesen hat, bezieht sich wahrscheinlich auf den ersten Fall der Mißhandlung, wo sich die englische Regierung, wo ein deutsches Schiff nicht in der Nähe war, erboten hatte, ihren Schiffen Ordre zu erteilen, um den Schutz deutscher Untertanen zu übernehmen. Ich hoffe, daß unsere Schiffe in Zukunft allein dazu im Stande sein werden. (Beifall.)

Bei Tit. 44. Konsulat in Chicago, empfiehlt Abg. Schmidt (Stettin) die Errichtung eines Konsulates in Cincinnati, wo über 50,000 Deutsche leben und ein Stadtbild bereits den Namen Klein-Deutschland little Germany, führe.

Bundeskommissar von Philipshorn stimmt dem zu und führt aus, daß in Chicago die Unkosten des Konsulates durch die Einnahmen mehr als gedeckt würden. Für Cincinnati würde der Kostenpunkt gleich günstig sein.

Abg. Kapp freut sich, daß die Interessen Deutschlands zu Amerika gut vertreten seien, und daß auch der Kostenpunkt diese Frage nicht erzwirkt; er befürwortet ebenfalls die Errichtung eines Konsulates in Cincinnati, welches seiner geographischen Lage nach dazu am besten geeignet sei.

Abg. Fröhner spricht im Namen zahlreicher Handelskammern den Wunsch aus, daß die Zahl der deutschen Konsulate im südwestlichen Rußland vermehrt werden möge.

Die übrigen Positionen dieses Etats werden ohne Debatte genehmigt.

Um 4 1/2 Uhr vertagt das Haus die weitere Spezialberathung des Etats bis Dienstag 1 Uhr.

Kongreß des Zentral-Verbandes deutscher Industrieller.

Berlin, 25. Februar. Der II. Kongreß des (schutzvöllnerischen) Zentral-Verbandes deutscher Industrieller trat am Donnerstag in Saale des Architektenhauses unter zahlreicher Beteiligung von Industriellen aus ganz Deutschland zusammen. Die Präsenzliste wies die Anwesenheit von ca. 500 Mitgliefern nach, darunter viele Elsaß-Lothringer, mehrere Reichstags-Abgeordnete u. Seitens des Staats-Ministeriums wohnte Geh. Rath Tiedemann den Verhandlungen bei. Nach Annahme einer Resolution, welche die Delegirten der Industrie in Elsaß freudig begrüßt und die volle Befriedigung ausdrückt bezüglich der Uebereinstimmung, welche hinsichtlich der vorliegenden wirtschaftlichen Fragen in den beiderseitigen Anschauungen zum Ausdruck gelang, ging der Kongreß an den ersten Punkt der Tagesordnung, den Bericht des Handelskammer-Sekretärs Bued (Düsseldorf) über die Lage der deutschen Industrie, sowie des Klein-Gewerbes und der autonome Tarif. Derselbe begründete mit wenigen Worten folgende Thesen: „In Erwägung a) daß die von England, aber nur in praktischer Verfolgung seiner wohlverstandenen eigenen Interessen, ausgegangenen Freihandels-Theorie in Deutschland ideal aufgefaßt wurde und in ihrer einseitigen Durchführung die wirtschaftlichen Verhältnisse unseres Landes und die Bedingungen seiner gewerblichen und industriellen Produktion vielfach nicht entsprechend berücksichtigt hat und berührt, b) daß das schnelle Verlassen der traditionellen, nationalen Zollpolitik, welche durch das Gesetz vom 26. Mai 1818 begründet und durch die Tarifbestimmungen des Zollvereins in den Jahren 1844 und 1846 weiter ausgebildet wurde, die gewaltigen Kapitalien, welche im Vertrauen auf die Dauer, nicht jener Zoll-gesetze, sondern der leitenden Prinzipien jener Zollpolitik, der Industrie zugewendet worden sind, zum Theil bereits zerstört hat, zum anderen Theil in schwerster Weise bedroht und gefährdet; — in fernerer Erwägung: c) daß die wirtschaftliche Thätigkeit und das materielle Gedeihen der deutschen Nation in maßgebendster Weise beeinflusst wird von der Gestaltung der internationalen handelspolitischen Beziehungen, daß aber ganz besonders der Zolltarif als eine der ersten und hauptsächlichsten Grundlagen des wirtschaftlichen Lebens betrachtet werden muß; d) daß bei der Regelung dieser beiden Grundbedingungen für die materielle Produktion sich neben den wirtschaftlichen Erwägungen nicht selten allgemeine politische Rücksichten in ausschlaggebender Weise Geltung verschafft haben; e) daß Deutschland sich jedoch in Folge seiner politischen Unabhängigkeit und Machtstellung jetzt in der befriedigenden Lage befindet, bei seiner wirtschaftlichen Maßnahmen von allgemeinen politischen Rücksichten absehen und die erlernten nach den Bedürfnissen des Landes treffen zu können; f) daß das jedoch mit ausreichenden den Garantien für den Erfolg nicht gegeben kann, ohne daß nach Maßgabe, der von dem Zentral-Verbande in Frankfurt aufgestellten Forderung eine Enquête über die Produktions- und Absatzverhältnisse des Landes angestellt werde; g) daß aber die Verjüngung die nach Zeitungsnachrichten vorliegende Absicht der preussischen Staatsregierung beim Bundesrathe die Anstellung einer Enquête lediglich über die Lage der Eisenindustrie zu beantragen, nur als einen ersten, bei der Solidarität der industriellen Verhältnisse keineswegs genügender Schritt erachtet, da andere Industrien, namentlich bedeutende Zweige der Textil-Industrie in gleicher Weise wie die Eisen-Industrie leiden und von den Interessenten die entstandenen Schwierigkeiten gleichfalls wesentlich auf die irrationalen zoll- und handelspolitischen Maßnahmen des Reiches zurückgeführt werden; h) daß aber die deutschen wirtschaftlichen Verhältnisse es nicht gestatten, eine wenn auch nur provisorische Regelung unseres Zolltarifs bis nach Beendigung der Enquête hinauszuschieben, erklärt die Hauptversammlung des Zentralverbandes deutscher Industrieller die Aufstellung eines die Natur der Produktion, die Lage der Industrie und Gewerbe überhaupt lediglich die eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse Deutschlands voll berücksichtigenden autonomen Zolltarifs für nothwendig und wünscht, daß der von dem Zentralverbande ausgearbeitete autonome Tarif als Grundlage für den ersteren erachtet werde.“ Die Generalversammlung beschloß demgemäß: 1. eine Petition in diesem Sinne an den Bundesrath und Reichstag zu richten, zugleich 2. den Ersteren zu eruchen, über den Antrag Preußens hinsichtlich einer Enquête nicht nur für die Eisenindustrie, sondern für die gesamte Industrie zu veranlassen. — Korreferent Frommel (Augsburg) behandelte besonders die Lage der Baumwollenindustrie, in erster Reihe derjenigen im Elsaß, welche genöthigt war, sich einen neuen Markt zu suchen, als ihr Frankreich verschlossen wurde. — Ferner wies auf die Vortheile hin, welche anderen Ländern die Leistungsfähigkeit der Arbeiter, die Geseßgebung über Fabrikbetrieb und Kinderbeschäftigung biete und betonte die Nothwendigkeit, welche dieses Militärwesen, das die leistungsfähigsten Arbeiter im 20. Jahre aus den Fabriken ziehe, den Fabriken bereite. Wenn die Industrie diese Opfer für das Militärwesen und die Sicherheit des Staates freudig bringe, so könne sie auch Berücksichtigung ihrer Interessen verlangen. Der Korreferent ging sodann speziell auf die Kotheln des Arbeitsbetriebes in Deutschland und England, auf den nach seiner Meinung geringen Nutzen von Kolonien, den Werth der Exportprämien u. c. über und erklärte schließlich als einzigen Weg zur Hebung auch der Baumwollenindustrie den Weg einer vernünftigen Tarifregelung und aus diesem Grunde empfahl er auch die Anträge des Referenten.

Am Freitag beschäftigte sich der Kongreß, welchem an diesem Tage neben dem Regierungsvertreter Geheimrath Tiedemann auch der Polizeipräsident von Madai und der Vorsitzende des Aeltestenkollegiums der berliner Kaufmannschaft, Herr Conrad beizuhörte, in einer sehr lebendigen Diskussion mit dem Antrage des Kommerzienraths Medel aus Elberfeld auf Errichtung eines politischen wirtschaftlichen Senats zur Vertretung der Interessen von Landwirtschaft, Gewerbe und Handel. Dieser Gedanke hat in den industriellen und Handelskreisen ein lebhaftes Echo gefunden und f. B. auch bereits den Ausschuß des deutschen Handelstages beschäftigt. Auch auf dem Kongresse fanden sich enthusiastischer Firsprecher für diese neue Institution, welche dem französischen „conseil supérieur du commerce de l'industrie et de l'agriculture“, nachgebildet werden soll und man war der Ansicht, daß es der Staatsregierung erwünscht sein müsse, wenn sachverständige Männer der Praxis aus dem Schatze ihrer Erfahrung möglichst reiches Material anbieten, ohne sich einen Eingriff in die Kompetenzen der gesetzgebenden Gewalt anzugewagen. Nach einer längeren Debatte, in welcher u. A. auch der Generalsekretär des deutschen Landwirtschaftsrathes, Hr. Hansburg, der Uebereinstimmung zwischen Landwirtschaft und Industrie Ausdruck gab, beschloß der Kongreß folgende Resolution: 1) die Solidarität der Interessen des Handels, der Industrie und der Landwirtschaft erheischt eine Verbindung der drei bis jetzt getrennt stehenden Gruppen. Nur durch diese Vereinigung wird eine rein sachliche, auf das Gedeihen der gesammten wirtschaftlichen Thätigkeit

der Nation gerichtete Prüfung der einschlagenden Verhältnisse gewährleistet. 2) demzufolge erachtet der Zentralverband die Einsetzung eines Kollegiums für erforderlich, welches aus höheren Beamten und aus Vertretern des Handels, der Gewerbe, der Landwirtschaft und des Bergbauwesens als ein von der Reichsregierung anerkannter Beirath desselben in wirtschaftlichen Fragen fungirt. Der Zentralverband beauftragt das Präsidium und den Ausschuß mit der Fortführung der Verhandlungen behufs schneller Erreichung des Zieles.“ — Auch die Geseßgewirke betreffend die Abänderung der Gewerbe-Ordnung und die Gewerbe-Gerichte zog der Kongreß vor sein Forum. Zu Referenten über dies Thema waren bestellt Herr Th. Sackler (Augsburg), A. Lohren (Neudorf bei Potsdam) und F. Sartorius, welche in längeren Reden die einzelnen Bestimmungen des Entwurfes kritisirten. Während Hr. Lohren bezüglich der Fabrikarbeiter eigentlich kein gutes Haar an dem neuen Entwurf ließ, erkannten die beiden anderen manche Fortschritte in demselben an. Einig waren die Referenten darin, daß die vorliegenden Geseßgewirke ohne vorhergehende Anhörung von Sachmännern der verschiedenen Industriezweige in Vorschlag gebracht worden und daß, bei aller Anerkennung einzelner Verbesserungen, die Entwirke sowohl in ihrer Allgemeinheit, als auch in einzelnen Spezialbestimmungen einestheils einen einseitigen organisch-schöpferischen Gedanken vermiffen, andernteils ihren einseitigen Ursprung deutlich erkennen ließen und somit einer Umarbeitung dringend bedürftig seien. Aus diesem Gesichtspunkte beschloß der Kongreß: Erstens an den Bundesrath eine Petition zu richten, mit dem Eruchen, die vorliegenden Geseßgewirke vor dem Eintreten in deren Spezialberathung einer ad hoc zu ernennenden Kommission von Sachmännern, zu welcher seitens des Zentralverbandes Vorschläge entgegen zu nehmen wären, zur Begutachtung resp. Verbesserung zuzuwenden. 2) Falls dies nicht beliebt würde, oder nicht mehr möglich wäre, zu obigem Zwecke aus seiner Mitte eine Kommission zu wählen, deren Gutachten dem Bundesrat und Reichstag mit der dringenden Bitte um Berücksichtigung bei der Berathung dieser Geseßgewirke vorgelegt werden soll. Damit schloß der Kongreß.

Tokales und Provinzielles.

Bosen, 26. Februar.

r. Die Beerdigung des verstorbenen Justizraths Janneck fand heute Nachmittag 4 Uhr unter sehr großer Theilnahme statt. Nachdem anfänglich von dem katholischen Propste Bendjinski das kirchliche Begräbniß (d. h. die amtliche Mitwirkung von Geistlichen) verweigert worden war, hatten die Verhandlungen schließlich doch dazu geführt, daß dasselbe bewilligt wurde. Von zuberleitender Seite wird uns über diese Verhandlungen Folgendes mitgeteilt:

Propst Bendjinski hatte das kirchliche Begräbniß aus dem Grunde verweigert, weil nicht der Nachweis geführt werden konnte, daß der Verstorbene im letzten Jahre zur irdischen Beichte gegangen sei. Da alle Vorstellungen seitens der Hinterbliebenen ohne Erfolg waren, wandten sich dieselben telegraphisch an die heilige Kongregation für außergewöhnliche Angelegenheiten in Rom, erhielten aber den Bescheid, daß die Kongregation nicht entscheiden könne, bevor sie nicht den Propst gehört habe. Mehrere angesehene Polen machten nun ihren Einfluß bei dem Propste geltend, so daß dieser schließlich an die hl. Kongregation ein Telegramm abschickte, worin er sich zu Gunsten des Verstorbenen aussprach. Mit dem Inhalt des Telegramms hatte sich auch die Familie des Hinterbliebenen einverstanden erklärt. Außerdem wurde aber von angesehenen Polen an eine einflussreiche Persönlichkeit in Rom telegraphirt, und diese um ihre Verwendung in dieser Angelegenheit angegangen. Nachdem das vom Propst Bendjinski abgeschickte Telegramm an die hl. Kongregation Sonntag Abend abgegangen und das Begräbniß inzwischen auf Dienstag verichoben worden war, traf heute Vormittag 9 Uhr bei der Familie des Verstorbenen ein Schreiben des Propstes ein, in welchem er erklärte, er habe seine Billare angewiesen, bei dem Begräbniße mitzuwirken.

In Folge dessen wurde zunächst in Trauerhaufe die Leiche in üblicher Weise von einem Geistlichen eingesegnet, und hiernach der Sarg, auf welchem ein von der posener Rechtsanwaltschaft gewidmeter Lorbeerkranz lag, auf den Leichenwagen gehoben. Eröffnet wurde der Leichenzug, welcher sich von dem Trauerhaufe an der Berlinerstraße in Bewegung setzte, durch 9 Geistliche, unter denen sich 2 Bilare der St. Martinskirche im geistlichen Ornat, die Geistlichen der deutschen Franziskanerkirche, Propst Kientkiewicz und mehrere Bilare vom Dom befanden; Propst Bendjinski fehlte. Hinter dem Sarge, neben welchem Palmzweige getragen wurden, folgten die Hinterbliebenen des Verstorbenen, darunter ein Hauptmann, ferner die Rechtsanwälte unserer Stadt, die Appellationsgerichtspräsidenten, der Oberstaatsanwalt, zahlreiche richterliche Beamten, viele Offiziere und zahlreiche deutsche und polnische Freunde des Hinterbliebenen. Die polnische Aristokratie mit ihren Damen war stark vertreten, auch bemerkte man verschiedene polnische Abgeordnete im Trauerzuge. Die Beerdigung fand in üblicher Weise unter Abführung der Trauergefänge auf dem St. Martins-Kirchhofe (linker Hand von der Glacisstraße) statt.

Das Liebzugeln der Polen mit dem neuen Papste Leo XIII. hat bereits begonnen. In Krakau hatte, wie der „Eas“ berichtet, Domherr Polkowski im Auftrage von Kaien und vielen Geistlichen folgendes lateinische Telegramm abgedeset:

Multi Poloni catholici ac praesertim Sacerdotes haec morantes ad pedes Sanctitatis Vestrae provoluti, gaudentes et ultra modum laetentes de hac felicissima, Deo adjuvante, electione, infinitis gratiarum actiones agunt Deo omnipotenti Maximo. Viele katholische Polen und besonders Priester, hier wohnhaft, fallen zu den Knieen Eurer Heiligkeit nieder, freuen sich und jubeln über die unter Gottes Beistand so glücklich vollzogene Wahl und bringen dem Allmächtigen ihren unaussprechlichen Dank dar.)

Der Absender hat hierauf folgende telegraphische Antwort erhalten:

Roma, 21. Februarii.
Summus Pontifex Leo XIII. Poloniae a te memoratis gratias agens apostolicam benedictionem peramanter impertit.

P. Lasagni per secretario status ††
(Rom, 21. Februar. Der heilige Vater Leo XIII. stattet den von Dir genannten Polen seinen Dank ab und sendet ihnen in liebevoller Gesinnung den apostolischen Segen.)

B. Lasagni, Staats-Sekretär.)

r. Der Bericht über die Verwaltung und den Stand der Gemeinde-Angelegenheiten in der Stadt Bosen pro 1876/77 ist nunmehr im Druck erschienen und zur Vertheilung gelangt. Derselbe zeigt im Wesentlichen dieselbe Einteilung, wie der Verwaltungsbericht pro 1875/76, nur mit dem Unterschiede, daß das Material ein reichhaltigeres und in Folge dessen auch der Umfang des Berichtes ein größerer ist. Besonders eingehend sind diesmal das Steuerwesen und die städtische Finanzlage behandelt. Die übrigen Theile des Berichtes beziehen sich auf die Bevölkerung, die Gewerbeverhältnisse, das städtische Schulwesen, das Armenwesen, das Bauwesen, das Markt- und Nachtwachswesen, den Marstall und die Straßenreinigung, das Einquartierungswesen, das Prozeßwesen, das gewerbliche Schiedsgericht, die Sparkasse und das Leibhaus, die Gasanstalt und die Wasserwerke, sowie schließlich die Personalien der städtischen Verwaltung.

— Im posener Wahlverein wird Kreisgerichtsrath Brown am nächsten Donnerstag über „Die neuen Errungen-
schaften auf dem Gebiete der Rechtspflege“ sprechen.
Da es von allgemeinem Interesse ist, die Fortschritte unserer Rechts-
pflege in den letzten Jahren wahrzunehmen, so dürfte sich dieser Vor-
trag einer regen Theilnahme erfreuen.

r. Zum Bau des definitiven Empfangsgebäude
des auf dem hiesigen Centralbahnhofe, dessen Kellergechoß bekannt-
lich im vorigen Baujahre ausgeführt worden ist und welches mit Ab-
sicht d. J. unter Dach kommen soll, findet gegenwärtig im Eisenbahn-
Kommissionsgebäude eine Reihe von Submissionsterminen zur Liefe-
rung der verschiedenen Baumaterialien statt. Der Termin, welcher
am 23. d. Mts. zur Lieferung von 150 Mille Thonziegel erster Klasse
zur Verblendung, 250 Mille gewöhnlicher Thonziegel, 2000 Mille
Schluffziegel erster Klasse abgehalten wurde, ergab folgendes Resultat:
es hatten 8 Submittenten ihre Offerten eingereicht: Kleemann aus Posen, Gutschke aus Rattaj bei Posen, Brod aus
Birkle, M. Victor aus Posen, Ephraim aus Posen, Simonson aus Birkle, Hoffmann (Siegersdorfer Werke), Wien-
wald u. Roher in Pleschitz. Es wurden gefordert pro Mille
Thonziegel erster Klasse zur Verblendung 39,50 bis 43,50 Mark, für
feinste Paramentsteine, wie sie beim hiesigen Kollegialgerichtsgebäude
zur Anwendung gebracht sind, 103 Mark; pro Mille gewöhnlicher
Thonziegel 36,50 bis 41 Mark; für Schluffziegel erster Klasse 26,40
bis 28,60 Mark. — Am 25. d. M. fand ein Submissionstermin auf
Lieferung der 27 gußeisernen Säulen für den Bau an. Es hatten
gleichfalls 8 Submittenten ihre Offerten eingereicht und zwar:
Eisenhüttenwerk Neusalz (Obereschlesien), Gebrüder
Wulff (Bromberg), Steinfurt (Königsberg), Eberhardt
(Bromberg), Prollius (Görlitz), Aktiengesellschaft Eintracht-
hütte, Th. Krzyanowski (Posen), Eisengießerei von W-
gelin (Posen). Die Forderungen bewegten sich zwischen 3653 bis
5610 Mark.

r. Das Prozeßwesen der Gemeinde Posen hat im abgelaufenen
Verwaltungsjahre eine erheblich größere Ausdehnung als in früheren
Jahren gewonnen. Abgesehen von den Prozeßen in Steners- und
Armenachen, ist die Stadt in 22 Fällen als Klägerin aufgetreten und
in 3 Fällen, von welchen letzteren noch 2 in zweiter Instanz schweben,
verklagt worden. Es wurde geklagt in 9 Fällen wegen Besitz- resp.
Eigentums-Angelegenheiten und in 13 Fällen wegen Mieths- oder
sonstiger Rückstände, sowie Kosten-Erstattung. Hier von sind zu Gunsten
der Stadtgemeinde 14, zu Gunsten der Verklagten 3 Prozesse ent-
schieden, noch unerledigt 5 Prozesse. Von allgemeinerem Interesse sind
zwei wider die Stadtgemeinde angehängte Prozesse, denen folgender
Sachverhalt zu Grunde lag: Bevor mit dem Neubau der Wallis-
brücke begonnen werden konnte, hatte die Stadtgemeinde die Verpflich-
tung, jeder Unterbrechung des Verkehrs zwischen dem rechten und
linken Ufer vorzubeugen. Zu diesem Zwecke wurde mit Geneh-
migung der Regierung bekanntlich neben der im Neubau begriffenen
Wallisbrücke eine Nothbrücke hergerichtet. Der hiesigen
Fischerinnung steht nun auf Grund älterer Privilegien das
Recht zu, die Warthe zu besischen. Obgleich die Fischer wie in frühe-
ren Jahren in der Warthe eine größere Anzahl von Stören gefangen
haben, glaubten sie doch aus dem Grunde klagen gegen die Stadtge-
meinde vorgehen zu dürfen, weil ihnen durch den Bau der Nothbrücke
die Möglichkeit genommen war, an dieser früher sehr ergiebig gewese-
nen Stelle zu fischen. Der Richter erster Instanz entschied die Sache
zu Gunsten der Kläger, indem er die Stadtgemeinde verurtheilte, der
Fischerinnung denjenigen Schaden zu ersetzen, welcher ihr durch die
Nothbrücke und die hierdurch herbeigeführte Beeinträchtigung des
Fischens verursacht wurde. Die eingelegte Appellation dagegen hatte
die Abweisung der Kläger zur Folge. Die hierfür angeführten Gründe
basiren darauf, daß die Kläger zwar das Recht der Fischer haben,
dies aber die Rechte am Strome nicht erschöpft. Außerdem wurde
auch der zur Begründung der Klage notwendige Nachweis vermisst,
daß ein Schaden überhaupt entstanden sei. — Die zweite Klage betraf
den Abbruch einer Fährbrücke, welche angeblich auf dem
Bürgersteige vor dem Grundstück St. No 28, errichtet sein soll.
Es lag hierbei folgender Sachverhalt zu Grunde: Die Stadtgemeinde
hatte die Fährgerechtigkeit zwischen Graben und St. No 28 verpachtet
und dem Pächter auf sein Ansuchen einen vor dem Grundstück des
Klägers belegenen Platz zur Errichtung eines Fährhauses angewiesen.
Von letzterem behauptet der Kläger, daß es auf dem Bürgersteige
errichtet und ihm deshalb das Nutzungsrecht an diesem entzogen
sei. Wengleich der 1. Richter auch in diesem Falle zu Gunsten
des Klägers entschieden hatte, so wurde in der Appellations-
Instanz die Klage abgewiesen. Das Erkenntniß gründet sich
vorzugsweise auf den §. 81, I, 8 A. L. R. und beruht
darauf ergangenen Entscheidung des Obertribunals vom 11. November
1869. Die Bemeisnahme hatte ergeben, daß der Theil des öffent-
lichen Weges vor dem Grundstück des Klägers bisher noch nicht mit
Steinen beplankt ist; der Einwand des Klägers, daß er den Weg
mit einer Kiesaufschüttung versehen habe, wurde verworfen. — In
22 verschiedenen Konkursen und 15 Subhastationen waren städtische
Interessen zu vertreten.

r. Der posener Kreditverein, eingetragene Genossenschaft, hielt
gestern unter Leitung des Vorsitzenden des Aufsichtsraths, Kaufmann
Th. Gerhard im Handelscafe seine ordentliche Generalversammlung
ab; Vertreter waren die Kaufleute Mor. A. Schlein und Jos.
L. Wenzel, Protokollführer Kaufmann Jos. Fränkel. Zunächst
wurde von dem Vorsitzenden der Geschäftsbericht vom 31. De-
zember 1877 und die Bilanz vorgelesen. Dem Geschäftsbericht ist fol-
gendes zu entnehmen: Der Druck, welcher bereits seit einigen Jahren
auf Handel und Gewerbe lastet, hat sich auch beim posener Kredit-
vereine fühlbar gemacht, da die Ausdehnung des Geschäftes durch die
gegenwärtige Lage gehemmt ist. Die durch die unsicheren Verhältnisse
gebotene Vorsicht in der Auswahl der Diskonten, sowie die Geschäfts-
störungen und vielen Konkursen auf allen Gebieten lassen dies erklär-
lich erscheinen. Das Hauptbestreben der Verwaltung ging in abge-
laufenen Jahre lediglich dahin, das Geschäft womöglich zu konsolidi-
ren und den Mitgliedern durch Fortgewährung der bisherigen Kredi-
te gerade in der geldarmen Zeit zu helfen, jedoch für etwaige spä-
tere, durch kriegerische Ereignisse vielleicht noch ungünstigere Zeiten
möglichst ansehnliche Summen flüssig zu halten. In diesem Bestreben
ist die Verwaltung sehr wesentlich durch das Vertrauen, welches ihr
allseitig entgegengebracht wurde, unterstützt worden. Es befindet sich
dies in dem stetigen Anwachsen des Mitglieder Guthabens, also der
Einlagen, auf die Höhe von 62,352 Mk. 57 Pf., wie auch durch die
größtentheils von Nichtmitgliedern bei dem Vereine gegen Zins depo-
nirten Summen, welche demselben trotz des allgemeinen herrschenden
Misstrauens, anvertraut bleiben und gegenwärtig bereits die Höhe
von Mk. 85,278 20 Pf. erreicht haben. Der Verein war hierdurch in der
Lage, einen Kassenumsatz von 2,301,590 Mk. 10 Pf. zu machen. Am 1.
Januar 1877 gehörten dem Vereine 176 Mitglieder an, es traten neu
hinzu 25, schieden dagegen aus 26, so daß demnach Ende v. J. die
Mitgliederzahl 175 betrug. Zur Repräsentation auf dem letzten allge-
meinen Verbandstage in Wiesbaden war der Direktor des Vereins,
Kaufmann C. Meier deputirt und hat daselbst die Interessen des
Vereins und aller Genossenschaftler mit Wärme vertreten. — Der
Geschäftsbericht ist folgendes zu entnehmen: Einnahme und Aus-
gabe balanzirten mit 180,368 Mk. Unter Einnahme betrug der Re-
servesfond 1760 Mk., Gewinn und Verlust 100 Mk., Depositen 74,912
Mk., Sparkasse 10,366 Mk., Einlagen 62,353 Mk., Provision 167 Mk.,
Kontokorrent 30,710 Mk. Unter Ausgabe betrug die Effekten 18,190
Mk., Utenilien 700 Mk., Einrichtung 619 Mk., Wechsel 130,009 Mk.,
Untosten 2785 Mk., Lombard 20,092 Mk., Zinsen 3493 Mk., Kassa 4480

M. Die Gewinnberechnung ergab nach Abzug von 2086 Mk. Verlusten
(davon 633 Mk. bei G. A. Rothholz, 806 Mk. bei Ed. Wagner u. Koch-
lewski, 424 Mk. bei Rud. Bohl, 223 Mk. bei Joh. Kaluzewicz) einen
Saldo-Reingewinn von 3655 Mk. Nach erfolgter Abschreibung ist die
Bilanz am 1. Januar 1878 folgende: Effekten-Konto 18,379 Mk.,
Utenilien-Konto 600 Mk., Einrichtung-Konto 509 Mk., Kassa-Konto
4480 Mk., Lombard-Konto 20,092 Mk., Wechsel-Konto 141,791 Mk.,
Summa der Aktiva demnach 185,842 Mk. Passiva: Gewinn- und
Verlust-Konto 3655 Mk., Depositen-Konto 74,912 Mk., Sparkassen-
Konto 10,366 Mk., Einlagen-Konto 62,353 Mk., Konto-Korrent-Konto
32,796 Mk., Reservesfond-Konto 1760 Mk. Nach Verlesung dieses Re-
servesberichts wurde von der Versammlung dem Vorstande Decharge
ertheilt. — Es wurde ferner beschlossen, den Reingewinn von 3655
Mk. in folgender Weise zu vertheilen: 1800 Mk. Tantieme an den Vor-
stand, je 36% Mk. an den Unterband und an den allgemeinen Ver-
band, 1390 Mk. = 3% pCt. Dividende an die Mitglieder,
392 Mk. an den Reservesfond. — An Stelle der auscheidenden drei
Mitglieder des Aufsichtsraths wurden sodann gewählt: Kaufmann
Brecht, Kupferschmiedemeister F. C. Werner, Glasermeister Ed.
Weiß, als Stellvertreter Kaufmann D. Rudolph, Kaufmann
C. Brandt und Kaufmann Mor. A. Schlein. In die Einschätzungs-
kommission wurden ferner gewählt: Kaufmann Tob. Braun, Lehrer
L. Friese und Malermeister C. A. Klug, in die Revisionskommission:
die Kaufleute Jos. L. Wenzel, Frisch und Tob. Braun,
als Stellvertreter die Kaufleute J. Brod und C. Brandt. —
Die vorgeschlagene Aenderung des § 34 der Statuten, wonach künftig
die Mitglieder der Revisionskommission Mitglieder des Vereins sein
müssen, wurde genehmigt; ebenso wurde der Wegfall von § 40, 6 der
Statuten beschlossen, so daß demnach künftig im Sommer keine Ge-
neralversammlung mehr stattfinden wird. — 16 Mitglieder wurden
aus verschiedenen Gründen ausgeschlossen. Hiermit waren sämtliche
Gegenstände der Tagesordnung erledigt.

r. Ueber den Verhänger Damms, welcher gegenwärtig mehr
als ein Fuß hoch überflutet ist, versuchte gestern Nachmittag ein Fe-
derdiebhandler aus Borek trotz der Strafenperrung durch eine Bar-
riere mit seinem Fuhrwerk zu fahren. Ungefähr auf der Mitte des
Ueberfalls wurde das Fuhrwerk von der Strömung erfasst und um-
geworfen. Die Insassen des Wagens, 3 Männer, 2 Frauen und ein
ca. 8 Jahr altes Kind fielen ins Wasser und gerieten in die Gefahr
zu ertrinken, wurden aber durch die Fährleute Symanski und Rac-
marek, welche dort mit ihrem Kahne beschäftigt waren, aus dem
Wasser gezogen.

— Kroschin, 22. Februar. [Pferdemusterung. Keine
Trauer für Pius IX. Kartoffelausfuhr.] Die Vor-
musterung des Pferdebestandes findet hier am 11. März statt. — Als
der verstorbene Papst sein 50jähriges geistliches Jubiläum feierte,
sah man selbst an den Fenstern der ärmsten Leute einige Richte zur
Illumination, am ersten Sonntage nach seinem Tode dagegen wurde
in Dorfschenken getanzet. — Auch von hier wird für England massen-
haft Kartoffeln aufgeführt. Wenn der Bedarf auch in späteren Jah-
ren derselbe bliebe, so würden die Landwirthe den weißfleischigen rothen
Kartoffeln größere Aufmerksamkeit schenken.

— Frankfurt, 24. Februar. [Imprägnir-Anstalt.] Am
1. März treffen von Seiten der k. k. General-Telegraphen-Direk-
tion Beamte hier ein, welche, da hiesige Holzgänger die Lieferung
von 6000 Stück Telegraphenstangen übernommen haben, hier eine
Imprägnir-Anstalt errichten und Anfangs April mit dem Imprägni-
ren selbst beginnen werden. Die fertiggestellten Stangen werden
alsdann per Bahn nach allen Richtungen hin versandt.

— Kroschin, 24. Februar. [Abiturientenprüfung.
Kreistag.] Die diesjährige Abiturientenprüfung fand am 20.
d. M. hier unter dem Vorsitz des Herrn Schulraths Polte statt. Die
hiesige Anstalt hatte diesmal bloß 4 Abiturienten, welche sämtlich
das Zeugniß zur Reife erhielten. — Der letzte Kreistag er-
ledigte am 20. d. M. die ihm vom Vorsitzenden gemachten Propositi-
onen, indem er den größten Theil derselben genehmigte. Nur bei Pro-
position XIV. und XV., den Kreiswegebau und die Ausbesserung der
Borek-Dobrycaer Landstraße im Territorium von Bzajka, Carlshof
und Bruchow betreffend, erkannte derselbe zwar das Bedürfniß an,
beschloß jedoch mit Rücksicht auf die Kostspieligkeit dieser Arbeiten,
solche stückweise von Jahr zu Jahr ausführen zu lassen.

Aus dem Gerichtssaal.

— Posen, 24. Februar. [Schwurgericht: Vorsät-
liche Brandstiftung.] Am Sonnabend kam, wie Tags
vorher, wiederum eine Anklage wegen vorsätzlicher Brandstiftung
zur Verhandlung. Es waren angeklagt der Müllergeselle Wilhelm
Böhm, 53 Jahre alt, evangelisch und noch nicht bestraft; in der
Nacht vom 15. zum 16. Januar 1877 zu Kuzle Abbau ein dem Müller
Wunsch gehöriges Windmühlengebäude vorsätzlich in Brand gesetzt zu
haben; der Müller Johann Klinge aus Buszewo, 43 Jahre alt,
evangelisch und noch nicht bestraft; im Januar 1877 in Felande den
Müllergesellen Wilhelm Böhm zu dem von ihm begangenen Ver-
brechen durch Versprechen und Geschenke vorsätzlich bestimmt zu haben.
Der Anklageschrift entnehmen wir folgendes: In der Nacht vom 15.
zum 16. Januar brante die dem Müller Ernst Wunsch gehörige
Windmühle in Kuzle Abbau vollständig nieder. Dieselbe war etwa
80 Schritt von dem Wunsch'schen Gehöft entfernt, welches aus einer
in Fachwerk erbauten und mit Stroh eingedeckten Scheune und aus
einem gleichfalls in Fachwerk erbauten aber mit einem Ziegeldach
versehenen Wohnhause nebst Stall besteht. Die abgebrannte Mühle
war nicht bewohnt. Dieselbe hatte einen Werth von 3000 Mark, war
bei der Provinzial-Feuer-Societät mit 1800 Mark versichert und ent-
hielt zur Zeit des Brandes etwa 50 Scheffel Getreide, theils dem
Wunsch, theils seinen Mahlgästen gehörig, sowie dem Ersten ge-
höriges Handwerkzeug im Gesamtwerte von 600 Mark. Weber
das Mahlgut noch das Handwerkzeug waren versichert und ist heides
ein Kauf der Flammen geworden. Der Besitzer Wunsch hatte am
15. Januar 1877 gegen 5 Uhr das Gangwerk der Mühle gehemmt
und hiebei weder Licht noch sonst Feuer gehabt. Als er in der Nacht
gegen 2 1/2 Uhr zufällig aufwachte, bemerkte er, daß die Mühle brannte
und das Dach bereits in hellen Flammen stand. Dafür, daß die
Mühle von ruchloser Hand in Brand gesetzt worden ist, sind nach der
Anlage besonders die frischen Fußspuren beweisend, welche gleich nach
dem Feuer auf dem Schnee zu sehen waren und welche in der Rich-
tung von Westen etwa bis auf 200 Schritt an die Mühle heran-
führten, sich sodann nach Norden von der Mühle abwandten, dem-
nach in einem Bogen bis in die Nähe von Kuzle Dorf gingen, um
endlich über den Feldweg in der Richtung nach Buszewo und nach
der Mühle des Angeklagten Klinge zu bis auf einige hundert Schritt
von dieser Mühle zu verlaufen. Dem Wunsch fiel auch sogleich auf
der Brandstelle der Umstand auf, daß sich seine Schneidebank, welche
Abends vorher noch auf der Mitternachtsseite der Mühle gestanden
habe, zur Zeit des Brandes auf der Mittagsseite derselben befand.
Das Feuer muß bereits gegen 12 Uhr Nachts angelegt worden sein,
denn der von Samter kommende Rutscher Martin Bartkowiak aus
Bajacowo bemerkte, als er um die genannte Zeit in einiger Ent-
fernung an der Mühle vorbeifuhr, Licht am Fuße der Mühle, welches
ihm den Eindruck machte, als wenn an der Mühle Stroh brenne.
Der Rutscher Bartkowiak nahm bei dieser Wahrnehmung an, daß die
Mühle selbst nicht brenne, konnte sich aber die Erscheinung, insbeson-
dere, da die Nacht neblig und das Licht nicht genauer zu erkennen
war, nicht erklären. Bezüglich des Angeklagten Böhm führt die An-
klage folgende Belastungsmomente an. Am 26. Januar 1877 befand
sich der Angeklagte Böhm mit dem Müllergesellen Karl Grubn in der
Schanke zu Barskie. Nachdem Beide zusammen Schnaps getrunken
hatten, entstand zwischen ihnen ein Streit, im Verlaufe dessen Karl
Grubn zu Böhm sagte: „Du willst mich wohl mit deinem Stoch-
todschiessen, so wie Du die Mühle in Kuzle angezündet hat!“, worauf
Böhm erwiderte: „Du bist eben so schuldig, wie ich!“ Karl Grubn
soll an diesem Abende den übrigen Gästen in der Schänke noch er-
zählt haben, daß er selbst gesehen hätte, wie Böhm Nachts gegen 12

Uhr mittelst Schwefelhölzer und Splinter die Mühle angezündet habe. Bei
seiner späteren Vernehmung vor Gericht hat Karl Grubn bestritten, daß
seine Aeußerung in der Schänke von Barskie dahin gegangen sei, daß
er selbst dabei gestanden habe, als Böhm die Scheune angezündet
hätte. Er will den Gästen in der Schänke nur erzählt haben, daß er
aus den Mittheilungen des Böhm entnommen habe, daß der letz-
tere der Thäter gewesen sei. Mit Rücksicht darauf, daß der Vogt
Dobierski, welcher am 26. Januar gleichfalls in der Schänke von
Barskie anwesend war, bezeugt hat, daß Karl Grubn nicht be-
hauptete, er sei bei der Brandlegung durch Böhm zugegen gewesen,
sondern nur erklärte, daß er genau wisse, daß Böhm die Mühle an-
gezündet habe und besonders mit Rücksicht darauf, daß Karl Grubn
den Nachweis geführt hat, daß er in der Brandnacht vom Abend bis
zum nächsten Morgen im Schafstalle von Bajacowo genächtigt und
unausgesetzt darin verweilt habe, ist die Anklage der Ansicht, daß die
Anklage des Karl Grubn vor Gericht unrichtig ist und daß diejenigen
Zeugen, welche abweichend von dieser Aussage von Karl Grubn ge-
hört haben wollen, daß er bei der Brandlegung zugegen gewesen sei,
im Irrthum seien.“ Ein zweites Belastungsmoment findet die An-
klage in einem Gespräche, welches Böhm mit den ihn nach Samter
bringenden Transporteuren geführt hat. Er erzählt diesen, daß er
bei dem Müller Wunsch gewesen sei und ein Stück Brod und sechs
Pfennige verlangt habe, daß ihm seine Bitte aber abgeschlagen sei,
und daß in der Nacht darauf die Mühle niedergebrannt wäre. Er
habe auch dabei gestanden, als die Müllerfrau das Fenster
geöffnet habe und hätte gehört, daß auf den den ängst-
lichen Ausruf seiner Ehefrau: „Ach Gott, die Mühle brennt!“
Wunsch erwidert habe: „Laß sie doch brennen, sie brennt ja so
schön!“ Als der Transporteur Braemer den Angeklagten hierauf
fragte, ob er denn selbst die Mühle in Brand gesetzt hätte, sagte der-
selbe, daß es so sein möge und erzählte dann weiter, daß er alles Dies
schon dem Karl Grubn erzählt und daß letzterer ihn bei Gelegenheit
eines Streites der Brandstiftung beschuldigt habe. Die Anklage hält
die in dieser Aussage enthaltenen angeblichen Aeußerungen des
Wunsch und seiner Ehefrau für unwahr, da sie von den Wunsch'schen
Eheleuten in Abrede gestellt sind und auch der Nachbar des
Müllers Wunsch Birth Julius Grubn bezeugt hat, daß er in der
Brandnacht gleichfalls auf die Brandstelle geeilt sei und hier den
Wunsch über ein Hemde nur einen Belz tragend, in heller Verzweif-
lung die Hände ringend und sich die Haare raufend angetroffen habe.
Als drittes und letztes Belastungsmoment wird die Aussage des Carl
Grubn angeführt, wonach der Angeklagte Böhm ihm erzählt habe,
daß der Angeklagte Klinge ihm, dem Böhm, fünf Thaler gegeben habe,
worauf er dann mit Stroh und Spließen die Scheune in Brand ge-
steckt hätte. Den Angeklagten Klinge belastet außer der oben ange-
führten Aussage des Carl Grubn die von demselben Zeugen abgege-
bene Erklärung, daß Klinge ihm bereits vor Weihnachten 1876, als er
von ihm um ein Geschenk angegangen wurde, entgegnet hätte: „Ich
gebe Dir fünf Thaler, wenn Du die Wunsch'sche Mühle abbrennst.“
Im Juli 1877 hat Carl Grubn auch dem Birth Samuel Tonal und
dessen Sobne Adolf, als er mit ihnen zusammen in Bajacowo arbei-
tete und als über den Brand gesprochen wurde von diesem Anerbie-
ten des Klinge erzählt. Er würde, so schloß er damals seine Mit-
theilung, wenn er einmal vor Gericht vernommen werden sollte, nä-
here Auskunft über die Entstehung des Brandes geben. Als Motiv
für die That des Klinge nimmt die Anklage Brodneid an und er-
wähnt in dieser Beziehung, daß, als der Angeklagte Klinge den einen
der bisher von ihm benutzten Mühlsteine abschaffte und durch einen
französischen Stein ersetzte, Wunsch diesen austrangirten Stein kaufte.
In Folge der Neuerung habe Klinge aber nicht mehr so gutes Mehl
mahlen können und seien viele der früheren Kunden des Klinge zu
Wunsch gekommen. Bei dem Verlaufe des Mühlsteines hat Klinge
zu Wunsch geäußert: „Wenn Dir der Stein passen wird, so wirst
Du mir noch Schweinereien machen!“ was die Anklage als einen
Ausdruck der Furcht seitens des Klinge auffaßt, daß Wunsch ihm in
seinem Gewerbe nachtheilig werden könne. Die Angeklagten erklären
sich beide für Nichtschuldig und Klinge insbesondere bestritt, daß in
Folge der Abschaffung der früheren Mühleneinrichtung sein Geschäft
geleitten habe. Es waren 27 Zeugen geladen, deren Vernehmung eine
geraume Zeit in Anspruch nahm. Der Haupt- oder vielmehr der ein-
zige Belastungszeuge Carl Grubn machte einen durchaus unüberleif-
lichen Eindruck und verwickelte sich in Widersprüche, so daß der Staats-
anwalt in Bezug auf den Angeklagten Klinge das Nichtschuldig bean-
tragte, während er bezüglich des Böhm die Anklage aufrecht erhielt.
Die Geschworenen sprachen sowohl in Ansehung des Angeklagten
Klinge als auch in Ansehung des Angeklagten Böhm, entsprechend
dem Antrage seines Verteidigers, Rechtsanwaltes von Jadzewski,
das Nichtschuldig aus und der Gerichtshof sprach beide Ange-
klagte von der Anklage der vorsätzlichen Brandstiftung beziehungs-
weise der Anstiftung dazu frei.

Staats- und Volkswirtschaft.

** Berlin, 21. Februar. Die in geschäftlicher Beziehung so
überaus traurigen Verhältnisse zeigen sich recht deutlich in der Zahl
der Konkursöffnungen und Subhastationen bei den hiesigen Gerichten.
Während bei dem Stadtgericht im Jahre 1877 im Januar 42, im Februar 42 und im März 36 Grundstücke zur
Subhastation gelangten, beträgt in diesem Jahre die Zahl derselben
pro Januar 52, pro Februar 78, pro März 72 und für April schon
bis jetzt 56. Beim Kreisgericht betrug die Zahl der Subhastationen
im Jahre 1877 pro Januar 41, pro Februar 22, pro März 31, und
in diesem Jahre pro Januar 32, pro Februar 32 und pro März 34.
Während im Jahre 1877 in den ersten beiden Monaten beim hiesigen
Stadtgericht 26 Konkurs eröffnet wurden, beträgt in diesem Jahre
die Zahl derselben bereits 45, zu denen 3 Aktiengesellschaften, 1 Brauerei
und 2 Banquiers zählen.

** Aus Königs wird berichtet, der Handelsminister habe dieser
Tage die Weisung ertheilt, daß mit den Vorarbeiten zum Bau einer
Eisenbahn von Königs nach Laßkowitz behufs Ver-
bindung der Pommerschen Centralbahn mit der im Bau begriffenen
Bahnlinie Laßkowitz-Gradenz-Jablonowo schleunigst vorgegangen
werde. Man knüpft daran die Hoffnung, daß schon dem nächsten
Landtage der Entwurf eines heffigen Gesetzes vorgelegt werden
dürfte.

** Pommersche Centralbahn in Konkurs. Die Gewerbe-
bank S. Schuster u. Co. hatte im Konkurs der Pommerschen Central-
Eisenbahn-Gesellschaft etwa 442,000 Mark als ihre Forderung aus
dem betriebsfertigen Geschäftsverkehre geltend gemacht. Der Konkurs-
verwalter hatte dem entgegengesetzt, daß die Gewerbebank selbst 4480
Stück Stammprioritäten für die Pommersche Centralbahn à 200
Thaler gezeichnet und dafür noch nichts eingezahlt habe. Sie
hätte deshalb widerlagend noch circa 224,000 Mark als Rest
der statutenmäßigen ersten 20 Prozent der Zeichnung unter
Kompensation der Forderungen der Gewerbebank von derselben
bezahlt verlangt. Die Gewerbebank wendete ein, sie brauche
für die Zeichnung nur zu zahlen, wenn die Verklagte ihre Aktien da-
für gewähre; diese hatte sie aber schon sämtlich begeben. Das
Kammergericht hatte diesen Einwand dadurch für widerlegt erachtet,
daß die Gewerbebank selbst durch den für beide Theile handelnden
Bank-Direktor Schuster nicht nur 4880 Stück Aktien, sondern noch
mehr für Vorkaufleistungen in Pfand nahm, die Befugniß erhielt, sie
zum Börsenkurs zur Deckung zu verlaufen und dann auch zum Kurse
von 15 pCt. verkaufen ließ. Das Kammergericht hatte angenommen,
daß das Pfand- und Darlehensgeschäft für die Gewerbebank nur die
zum Schein gewählte Form gewesen sei, um sich der eigenen Einzah-
lungspflicht zu entziehen. Die Gewerbebank legt dagegen die Nichtig-
keitsbeschwerde ein, dieselbe ist jedoch vom Oberlandesgerichte ver-
worfen. Die Bank könne keinenfalls nochmals Aktien beantragen,
da sie dieselben bereits erhalten habe, und bleibe aus ihrer Zeichnung
verhaftet. Die von der Gewerbebank angemeldete Forderung ist da-
mit endgiltig abgewiesen und ist sie verurtheilt, noch außerdem 224,000
Mark zur Konkursmasse der Pommerschen Centralbahn zu zahlen.

In Folge dessen sind diejenigen Beträge, welche bei den früheren Vertheilungen der Pommer'schen Zentralbahn-Konkursmasse für die Gewerbebank, falls sie ihren Prozeß gewinnen, zurückbehalten waren, zusammen ca. 327,000 Mark fest für die anderen Gläubiger der Konkursmasse frei geworden. Eine anderweite Vertheilung unter diese wird vorbereitet.

Wien, 23. Februar. Wochenauweis der gesamten Lombardischen Eisenbahn vom 12. bis zum 18. Februar 1,214,215 Fl., gegen 1,206,173 Fl. der entsprechenden Woche des Vorjahres, mithin Mehreinnahme 8042 Fl.

Die Einnahme des italienischen Reges in der Woche vom 12. bis zum 18. Februar betrug 629,976 Fl., die Minderereinnahme desselben 13,910 Fl., die Gesamtmehreinnahme des italienischen Reges seit 1. Januar c. 63,775 Fl., die Gesamtmindereinnahme des österreichischen Reges vom 1. Januar c. 20,854 Fl.

Wien, 23. Februar. Die Einnahmen der Karl-Ludwigsbahn betragen in der Zeit vom 11. bis 20. Februar 364,224 Fl., ergaben mithin gegen die entsprechende Zeit des Vorjahres eine Mehreinnahme von 23,577 Fl.

Vermischtes

Breslau, 25. Febr. Vermählungsfeier. Die Fackeln des Nero. Bevölkerungs-Statistik. Städtische Wasserwerke. Vorschuß-Verein. Verein für Landwirtschafts-Beamte. Eisenbahn-Unfall. Der 18. Februar hat der Stadt Breslau Veranlassung gegeben, ihre Abhängigkeit an das Fürstentum zu dokumentieren, indem das Rathhaus und ein Theil der hiesigen öffentlichen und Privatgebäude, namentlich die Kasernen, in reichem Flaggenschmuck glänzten, auch hin und wieder Transparente das Vermählungsfest der beiden Prinzeßinnen verherrlichten halfen. Aus der Provinz befanden sich die mit Erbämtern beheldeten Magnaten, Fürst Pleß, Fürst Gabsfeld etc., aus der Stadt selbst der kommandirende General, der Oberpräsident und der Oberbürgermeister als Funktionäre und Gäste in Berlin. Im Ständehause ist seit Anfang dieser Woche das bekannte Miesengemälde „Die lebenden Fackeln des Nero“ von dem polnischen Maler S. Siemiradzki ausgestellt. Heber den Stand unserer Bevölkerung theilt das neueste Heft der Breslauer Statistik recht interessante Daten mit. Unsere Gesamt-Einwohnerzahl beträgt 267,561 und hat sich im letzten Monat Januar um 206 Seelen vermehrt. Die Bevölkerung der inneren Stadt hat sich im Laufe des Monats Dezember 1877 um 360 Seelen verringert, dagegen die Bevölkerung der Vorstädte um 581 Seelen vermehrt. In der inneren Stadt ist die Verminderung der Bevölkerung durch 372 Abziehende entstanden, hierdurch der Ueberfluß von 12 Geborenen ab, bleibt das oben angegebene Defizit von 360 Personen. In einer unserer letzten Stadtverordneten-Versammlungen ist die Frage zur Erörterung gekommen: Was kosten die städtischen Wasserwerke? Eine amtliche Zusammenstellung ergibt nun, daß ohne die in Aussicht genommenen auf 552,000 M. veranschlagten neuen Anlagen sich das Anlagekapital des neuen Wasserwerkes auf 4,987,295 M. berechnet. Hiervon betragen die Zinsen zu 4 Prozent 223,528 M. und die Amortisation zu 1 Prozent 49,672 M. Unter Abrechnung des öffentlichen Konsums, für den Bezahlung nicht geleistet wird, berechnen sich die Selbstkosten für den Privatgebrauch auf 14,2 Pf. pro Kubikmeter. Zu den bedeutendsten Konsumenten gehören die Eisenbahnen, und zwar hat die Oberschlesische im Vorjahr verbraucht 260,610 K.-M., die Freiburger 99,690 K.-M., die Märkische 132,135 und die Rechte Oderufer-Eisenbahn 76,469 K.-M. Unser Vorschußverein hat kürzlich seine statutenmäßige Generalversammlung abgehalten, bei welcher sich herausgestellt hat, daß dieses Institut noch immer im Wachsen begriffen ist und auch im abgelaufenen Jahre wieder einen Zuwachs von 141 Mitgliedern erhalten hat. Ungeachtet des störenden Geschäftsverkehrs und der beschränkten Lage des Handwerkerstandes sind doch größere Verluste nicht zu beklagen gewesen und hat für das abgelaufene Jahr eine Dividende von 8 Prozent bewilligt werden können. An Darlehen wurden in 1877 an die 4645 Mitglieder des Vereins 28,760,131 M. aus- und von diesen 28,351,125 M. zurückgezahlt. Auch der hier von dem landwirtschaftlichen Zentralverein seit Jahren ins Leben gerufene „Schlesische Verein zur Unterstützung von Landwirtschaftsbeamten“ erfreut sich eines stetigen Aufschwunges. Derselbe zählt 1404 Mitglieder und besitzt ein Baarvermögen von 505,200 M. Die Einnahmen des Jahres 1877 haben 56,667 M. und die Ausgaben 42,084 M. betragen. Nur wer die Noth alter dienstuntauglicher gemordener Landwirtschaftsbeamten, von denen kaum der 50. Theil Seitens der früheren Prinzipale eine Unterstützung im Alter erhält, kennt, kann sich von der segensreichen Wirksamkeit dieses Instituts eine Vorstellung machen. Sind die gewährten Pensionen auch nicht bedeutend — denn sie bewegen sich, je nach der Dauer der gezahlten Beiträge, zwischen 180 und 360 M. jährlich, so schützen sie den Pensionär doch wenigstens vor der drückendsten Noth. Große Verdienste um den Verein hat sich der frühere Generallandwirtschafts-Direktor Graf Burgau auf Laaun erworben, der demselben vor wenigen Jahren noch eine Donation von 120,000 M. zugewendet hat. — Auf dem Bahnhof Ratibor-Hammer ist am 20. d. Mts. der Schnellzug entgleist, da er durch falsche Weichenstellung vom Hauptgleise ab und auf ein Hüttengleise geleitet wurde. Er raste das auf demselben befindliche Wiegebau vollständig und drallte dann an acht auf dem Geleise haltende, mit Kohlen beladene Wagen derart an, daß Maschine und Badwagen sich aufrecht stellten. Ohne diesen Anprall wäre der Schnellzug jedenfalls in den Kluftflüß hinabgestürzt. Maschinen- und Zugführer sind mit dem Schreck und einigen leichten Kontusionen davongekommen.

Briefkasten.

C. N. in Posen. Ihre Behauptung, daß Sie der einzige Fleischer auf der Friedrichstraße seien, ist unrichtig, da es im Ganzen 4 Fleischer auf der Friedrichstraße giebt, welche sämtlich Schweine schlachten. Da Ihre angelegliche Berichtigung unserer Angaben nicht widerlegt oder bestritten, so können wir dieselbe nicht abdrucken.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Julius Wasner in Posen. Für das Folgende übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Telegraphische Nachrichten.

Berlin, 26. Februar. Der Reichstag genehmigte in zweiter Lesung eine längere Reihe von Kapiteln des Etats unverändert, wovon die Etats des allgemeinen Pensionsfonds und die Leberschiffe aus früheren Jahren an die Budgetkommission. Schorlemer-Alt bekämpft die Einrichtung des Centralbüreaus. Der Reichskanzler wünscht die Verweisung der Position an die Budgetkommission. Bismarck erklärt, eine sorgfältige Prüfung sei ihm erwünscht. Die Einrichtung eines Centralbüreaus sei zur Bequemlichkeit und Erleichterung einer Uebersichtlichkeit in der Geschäftsführung unerlässlich. Wenn Vorredner geäußert, man solle das Centralbüreau nach Barzin verlegen, wo er doch die meiste Zeit verweile, so erinnere er daran, daß ihm im vorigen Jahre der volle Urlaub verweigert blieb, daß er die Hauptarbeitslast nach Barzin mitnehmen mußte. Gesund sei er dabei nicht geworden, er habe im Urlaub mehr und mit geringeren Kräften arbeiten müssen, als in Berlin, er hoffe, daß der in Aussicht genommene Stellvertreter ihn in seiner Totalität vertreten werde; dazu sei aber ein Bureau nöthig. Nehmen Sie an, daß der preussische Finanzminister Stellvertreter wird, so würde derselbe mit manchen Branchen der Reichsverwaltung nicht zu vertraut sein, in Folge dessen jene mehrfachen belagten Fiktionen eintreten, wie sie eingetreten sind, sobald der Reichskanzler beurlaubt oder krank war. Schließlich bittet der Reichskanzler, unter Beifall, auf der linken und rechten Seite des Hauses, die Redner, denen er persönlich mißliebige, sie möchten sich jener kleinen persönlichen Angriffe enthalten, die geeignet seien, seine Gesundheit noch mehr zu affizieren. Die Abg. Braun und Hänel befürworten die Annahme der Position, Windthorst (Weppen) ist gegen dieselbe. Bismarck rechtfertigt Windthorst gegenüber die gegenwärtige Organisation des Reichskanzler-Amts, kommt nochmals auf die persönlichen Angriffe der Zentrumsparthei zurück, welche, da sie die Interessen der Religion zu vertreten vorgeben, am wenigsten zu solch unfreundlichen Ausfällen sich sollten hinreißen lassen. Die Position wird mit großer Majorität genehmigt und der Etat des Reichskanzlers unverändert angenommen.

Berlin, 26. Februar. Heute begann im Ministerium des Innern eine Konferenz Sachverständiger aus der Provinz Posen wegen Einführung der Kreisordnung in die Provinz Posen.

(Privatdepesche der Posener Zeitung.)

Berlin, 26. Febr. Gegenüber den Nachrichten einiger Blätter von einer bevorstehenden Entsendung des deutschen Gesandten in die türkischen Gewässer ist zu konstatiren, daß außer der wie alljährlich im Frühjahr in Aussicht genommenen Formirung des Uebungs-geschwaders keinerlei weitere Vorbereitungen betreffs Entsendung von Schiffen getroffen oder beabsichtigt sind.

Wien, 26. Febr. Der Verwaltungsrath der Kreditanstalt beschloß, eine Dividende von 13 Gulden per Aktie zu vertheilen und nach Abschreibung von 985,000 Gulden für die lotbringer Eisenwerke und 142,000 Gulden für andere Forderungen noch 347,000 Gulden dem Reservefonds zu überweisen. Die vorjährige Spezialreserve bleibt unverändert 1,986,444 Gulden.

Bukarest, 26. Febr. Die Parlamentssession ist bis zum 12. April verlängert worden. Im Senat erfolgte die Interpellation Ghifa's betreffs der Friedens- und Waffenstillstandsbedingungen und der Maßnahmen der Regierung wegen der Vertretung Rumäniens auf dem Kongresse. Der Minister Cogalniceanu erklärte, die Regierung habe Schritte gethan betreffs der Zulassung Rumäniens zum Kongresse; der Minister verlas sodann ein Rundschreiben der Regierung an die Mächte und die Türkei, betreffend die Unabhängigkeit und Integrität Rumäniens. Er hofft, die Forderungen Rumäniens würden von Europa anerkannt werden. Sturdza beantragte eine Motion, worin die Regierung aufgefordert wird, dahin zu wirken, daß die Garantiemächte die Unabhängigkeit Rumäniens anerkennen, die Integrität Rumäniens unter die Garantie derselben gestellt und Rumänien auf dem nächsten Kongresse zugelassen werde. Rumänien solle alle Unterhandlungen wegen Gebietsaustausches abweisen und die rumänische Armee zurückberufen.

Maßnung.

Die Vorstände der Posener und Pudetwitzer Lehrer-Sterbefassen-Vereine wollen die streitige Pud. Aufnahme-Angelegenheit nicht mit den in ihrer Entgegnung in Nr. 796 auf meinen Aufruf gegen mich angewendeten persönlichen Injurien, wie „Machwerk“, „absichtliche Verdrehung und Verdunkelung der Wahrheit“ etc., welche jeder Unbefangene auf den Rückweg dirigirt haben wird, für abgethan halten, sondern die sub 1 ihrer Replik in Aussicht gestellte Wahrscheinlichkeitsberechnung veröffentlichen. Meine sammt dem Protokolle der k. Reg. überreichte Rechnung ergiebt bei 1 1/2 pCt. der Mitgl.-Zahl = 29 Sterbefällen im Posener und 11,5 Sterbf. pro anno im Pud. Vereine — (nach K. R. Baum. fogar 13,097) — für den Pos. Ver. eine bare Schädigung von 71,742 M. 44 Pf. und einen Interessenverlust von 74,904 M. 27 Pf. zu 5 pCt. bis zum Tode des letzten Pud. Mitgl. — Auch habe ich zweierlei billigere Aufnahmebedingungen proponirt. Näheres in der Broschüre. Konarzewo. Kaczorek, Lehrer.

Allen Kranken Kraft und Gesundheit ohne Medicin und ohne Kosten durch die Seilnahrung:

REVALESCIERE von London.

Zeit 30 Jahren hat keine Krankheit dieser angenehmen Gesundheitsweise widerstanden und bewährt sich dieselbe bei Erwachsenen und Kindern ohne Medicin und ohne Kosten bei allen Magens-, Nerven-, Brust-, Lungen-, Leber-, Drüsen-, Schleimhaut-, Athems-, Blasen- und Nierenleiden, Tuberkulose, Schwindel, Asthma, Husten, Unverdaulichkeit, Verstopfung, Diarrhöen, Schlaflosigkeit, Schwäche, Hämorrhoiden, Wassersucht, Fieber, Schwindel, Blutausströmen, Ohrenrauschen, Uebelkeit und Erbrechen selbst während der Schwangerschaft, Diabetes, Melancholie, Abmagerung, Rheumatismus, Gicht, Bleichsucht; auch ist sie als Nahrung für Säuglinge schon von der Geburt an selbst der Ammenmilch vorzuziehen. — Ein Auszug aus 80,000 Certificaten über Genesungen, die aller Medicin widerstanden, worunter Certifikate vom Professor Dr. Wurzer, Medicinalrath Dr. Angelsen, Dr. Shoreland, Dr. Campbell, Professor Dr. Döde Dr. Ure, Gräfin Castleswart, Marquise de Bréhan und vielen anderen hochgestellten Personen, wird franco auf Verlangen eingekant.

Abgefürter Auszug aus 80,000 Certificaten. Nr. 62476. Dem lieben Gott und Ihnen sei Dank. Die Revalesciere hat meine 18jährigen Leiden im Magen und in den Nerven verbunden mit allgemeiner Schwäche und höchlichem Schweiß gänzlich beseitigt. J. Compere, Farrer, Saints Romaine des Vos.

Nr. 89211. Orban, 15. April 1875. Seit vier Jahren geniesse ich die köstliche Revalesciere und leide seitdem nicht mehr an den Schmerzen in den Lenden, die mich während langer Jahre furchtlich gefoltert hatten. In meinem 93. Jahre stehend, erfreue ich mich jetzt der vollkommensten Gesundheit. Peros, Farrer.

Nr. 45270. J. Robert. Von seinem 25jährigen Leiden an Schwindel, Husten, Erbrechen, Verstopfungen und Taubheit gänzlich hergestellt.

Nr. 62845. Farrer Boile von Ecrainville. Von Asthma mit häufigen Erstickungen völlig hergestellt. 80416. Frau Major Deutsch, geb. von Horn in Posen; deren Kinder vom Drüsenleiden hergestellt.

Nr. 64210. Marquise von Bréhan, von 7jähriger Leberkrankheit, Schlaflosigkeit, Bittern an allen Gliedern, Abmagerung und Hypochondrie.

Nr. 75877. Florian Böller, R. R. Militärberwalter, Grobmardein, von Lungen- und Luftröhren-Katarrh, Kopfschwindel und Brustbeklemmung.

Nr. 75970. Herr Gabriel Teschner, Öorer der öffentlichen höheren Handels-Lehranstalt in Wien, in einem verzwiefelten Grade von Brust-übel und Nervenerrüftung.

Nr. 65715. Fräulein de Montlouis, von Unverdaulichkeit, Schlaflosigkeit und Abmagerung.

Nr. 75928. Baron Sigmo von 10jähriger Lähmung an Händen und Füßen etc.

Die Revalesciere ist viermal so nahrhaft als Fleisch und erspart bei Erwachsenen und Kindern 50 Mal ihren Preis in anderen Mitteln und Speisen.

Preise der Revalesciere 1/2 Pfd. 1 M. 80 Pf., 1 Pfd. 3 M. 50 Pf., 2 Pfd. 5 M. 70 Pf., 12 Pfd. 28 M. 50 Pf.

Revalesciere Chocolates 12 Tassen 1 M. 80 Pf., 24 Tassen 3 M. 50 Pf., 48 Tassen 5 M. 70 Pf. u. f. w.

Revalesciere Biscuits 1 Pfd. 3 M. 50 Pf., 2 Pfd. 5 M. 70 Pf., zu beziehen durch Du Barry u. Co. Limited, in Berlin NW. 25 Louise-Strasse und bei vielen guten Apothekern, Droguen-, Specerei- und Delicatessenhändlern im ganzen Lande.

In Posen: Krug & Fabricius, Breslauer Straße 10/11, St. Martin Straße 52/53, Halldorf-Straße 38.

Dr. Weiß, Rothe Apotheke.

In Breslau: S. G. Schwarz, Eduard Groß, Gust. Scholz, Derm. Strala Erich & Carl Schneider, Robert Spiegel; Bromberg: S. Dirckberg, Firma: Julius Schottländer; Glogau: Reinhold Böhl; Posen: S. A. Scholz; Kowitz: J. Proczkowsk; Graudenz: Fritz Koser.

Handelsregister.

Die hiesige Firma: C. Danigel ist erloschen und in unferm Firmen-Register unter Nr. 1654 gelöscht, dagegen ist in dasselbe unter Nr. 1789 die Firma: M. Danigel, Ort der Niederlassung Posen und als deren Inhaberin die Kaufrau Wittve Wasthilde Danigel hier selbst aufolge Verfügung vom 14. Februar 1878 heute eingetragen worden.

Posen, den 15. Februar 1878. Königl. Kreis-Gericht.

Bekanntmachung.

Am 16. Januar 1878, 12 1/2 Uhr Mittags, wurde in einem an die Kirchhofsmauer der St. Adalberts-Kirche stoßenden Garten ein 4 bis 6 Monate altes Kind, weiblichen Geschlechts, in ein rothbuntes Kopffissen gewickelt, lebend gefunden. Alle, welche über die Mutter dieses Kindes Auskunft geben können, werden erucht, hiervon Anzeige zu machen zu den Akten U. 430/78. Posen, den 19. Februar 1878.

Der Staats-Anwalt.

Bekanntmachung.

Durch die Ueberfluthung der Straße

am Berdychowwer Damm, infolge des Steigens des Wasserstandes der Warthe ist die Sperrung dieser Straße notwendig geworden und zur Ausführung gebracht.

Indem ich dies zur öffentlichen Kenntniß bringe, mache ich darauf aufmerksam, daß für die Dauer der Sperrung der Verkehr über die Wallstraße zwischen dem Warschauer und Ralischer Thore geht.

Posen, den 24. Februar 1878.

Der Polizeipräsident J. B. Schön.

Bekanntmachung.

Das Abonnement auf Kur erkrankter Dienstboten und Lehrlinge im städtischen Krankenhaus findet auf dem Rathhause (im Servis-Amte) an den Wochentagen von 9—11 Uhr Vormittags statt.

Hier werden Abonnementscheine, gültig für die Zeit vom 1. April 1878 bis 31. März 1879, gegen Zahlung von 3 Mark für jede abonnierte Person ausgethanigt.

Die Abonnenten haben die Berechtigung zur freien Kur und Verpflegung des angemeldeten, oder im Laufe der Abonnementszeit an dessen Stelle ge-

tretenen Dienstboten oder Lehrlings, selbst dann, wenn dieselben in dieser Zeit wiederholt erkrankten sollten. Posen, den 22. Februar 1878.

Der Magistrat.

Vom 25. d. Mts. ab treten bis auf Weiteres für Kartoffeltransporte in Wagenladungs-Quantitäten von je 10000 Kilogramm resp. bei Zahlung der Fracht für mindestens 10000 Kilogramm pro Wagen in Hamburg-Preussischen und Bremen resp. Hamburg-Preussischen Verband-Verkehr folgende Frachttarife in Kraft: Jarotschin-Hamburg 1,92 Mark, Pleschen do. 1,97 „ Ostrowo do. 2,05 „ Schildberg do. 2,13 „ Kempen do. 2,17 „ Pittchen do. 2,24 „ Posen trans. do. 1,67 „ Posen loco do. 1,72 „ Rokietnice do. 1,68 „ Samter do. 1,64 „ Bronke do. 1,59 „ Kreuz do. 1,50 „ pro 100 Kilogramm.

Bromberg, den 22. Februar 1878.

Königliche Direktion der Ostbahn als geschäftsführende Verwaltung.

Bekanntmachung.

Die Lieferung des Bedarfs der hiesigen Gas- und Wasserwerke für das Betriebsjahr pro 1. April 1878 bis ult. März 1879 als:

- 1. Eisen und Eisenwaaren, 2. Chemikalien incl. Petroleum, 3. Glas und Scheiben, sowie Verglasen der Straßenlaternen, 4. Cement, Kalk und Gyps

soll im Wege der Submission vergeben werden. Die Submissionsofferten sind bis zum 11. März inclusive, versiegelt und mit der Aufschrift, „Submission auf die Lieferung von Betriebsmaterialien für die städtischen Gas- und Wasserwerke zu Posen“ an die Direktion der Gas- und Wasserwerke einzureichen.

Das Verzeichniß der einzelnen Gegenstände, sowie die der Lieferung zu Grunde gelegten Bedingungen können während der Dienststunden im Bureau der Gas- und Wasserwerke eingesehen werden. Posen, den 23. Februar 1878.

Die Direktion der Gas- und Wasserwerke.

Montag, den 11. März 1878

Vormittags 10 Uhr

soll im Bureau der Fortifikation zu Posen — Magazinstr. 8 — das dem Militärstützungs-gelöhrigen Zeughaus-Grundstück in der Bronkerstraße zu Posen einschließlich des darauf befindlich baufälligen Gebäudes im Wege der Veräußerung an den Meistbietenden verkauft werden.

Vor dem Verkaufstermin ist von den Bietern eine Bietungskauton von 3000 M. bei der hiesigen Festungs-Bau-Kasse zu hinterlegen.

Die dem Verkauf zu Grunde liegenden Bedingungen sind während der Dienststunden im Fortifikationsbureau einzusehen. Das Grundstück etc. kann vor dem Termin besichtigt werden und wollen sich die Kauflustigen dieherhalb an das Fortifikationsbureau wenden. Posen, den 22. Februar 1878.

Königliche Fortifikation.

Compl. eleg. Einspänner, 500 Mk., St. Martin 28, zwei Treppen links.

Eine neue Maschine (Singer) ist billig zu verkaufen bei Schmanski. Näb. Auskunft bei Hrn. Stolzmann, Eisen-Handlung, Gr. Ritterstr. 8.

Gerichtlicher Ausverkauf

Sapiedaplatz Nr. 2.

Für die fernere Dauer des Ausverkaufs der zur Richard Fischer'schen Konkursmasse gehörigen, noch eine große Auswahl von Weinen, Cigarren, Thee, Conserven und anderen Artikeln enthaltenden Warenbestände sind die Preise noch weiter herabgesetzt.

Posen, den 26. Februar 1878.

Der gerichtliche Verwalter der Masse, Samuel Saenisch.

Ein sehr günst. Geschäft.

Ein Abfuhr-Institut in einer größeren Stadt Oesterreichs, verbunden mit Compostfabrik und Recturung aller Art, mit fester und sicherer Einnahme, ist wegen schwerer Krankheit des Besitzers sofort zu verkaufen.

Nähere Auskunft beim Buchhalter Beck, Posen, Breslauerstr. 34, 2 Et.

In Schönerrnhäusen bei Posen stehen 8 vierjährige Pferde zum Verkauf, darunter ein eleganter Halbblut-Ballack, zum Reitpferde geeignet, sie ändern zum Theil eingeschlagen.

Bekanntmachung.

Auf Grund des Allerhöchsten Erlasses vom 1. d. Mts. (Sef.-Samml. S. 225) mache ich hierdurch darauf aufmerksam, daß die bereits durch Bekanntmachung vom 21. Juni 1875 zur Einlösung öffentlich aufgerufenen Preussischen Kassenanweisungen vom 2. November 1851, 15. Dezember 1856 und 13. Februar 1861

a. in Berlin:

- bei 1. der General-Staats-Kasse,
- 2. der Kontrolle der Staatspapiere,
- 3. der Kasse der königlichen Direktion für die Verwaltung der direkten Steuern,
- 4. dem Haupt-Steueramt für inländische Gegenstände,
- 5. dem Haupt-Steueramt für ausländische Gegenstände,
- 6. der unter dem Vorsteher der Ministerial-Militär- und Bau-Kommission stehenden Kasse;

b. in den Provinzen:

- bei 1. den Regierung-Hauptkassen,
- 2. den Bezirks-Hauptkassen in der Provinz Hannover,
- 3. der Landeskasse in Sigmaringen,
- 4. den Kreisstellen,
- 5. den Kassen der königlichen Steuerempfänger in den Provinzen Schleswig-Holstein, Hannover, Westfalen, Hessen-Nassau und Rheinland,
- 6. den Bezirkskassen in den Hohenzollernschen Landen,
- 7. den Forstkassen,
- 8. den Haupt-Zoll- und Haupt-Steuerämtern, sowie
- 9. den Neben-Zoll- und den Steuerämtern

nur noch bis zum 30. März 1878 zur Einlösung angenommen werden, nach diesem Zeitpunkt aber ihre Gültigkeit verlieren, und alle Ansprüche aus demselben an den Staat erlöschen.

Der Finanz-Minister.
gez. Camphausen.

Norddeutsche Lebensversicherung-Bank auf Gegenseitigkeit, Berlin

Behufs Wahrung ihrer Interessen und Besprechung der zu diesem Zweck erforderlichen Maßregeln erlaube ich mir die Versicherten und Certificatbesitzer obiger Bank auf

Sonntag, den 3. März, Vormittags 10 Uhr, in den kleinen **Lambert'schen Saal** ergebenst einzuladen.

Recht zahlreiches Erscheinen ist sehr wünschenswert.

Siegfried Warschaner, General-Agent.

Gutskauf!

Ein in der Provinz Posen gut gelegenes Rittergut von 1000-1800 M. mit entsprechendem Wiesenverhältnis und guten Gebäuden, wird bei beliebiger baarer Anzahlung **sofort** zu kaufen gesucht. Gest. Offerten mit **ganz genauer Angabe der Verhältnisse** sub **J. G. 1602** befördert **Rudolf Mosse** (Franz Pabst) Chemnitz, an den Selbstkäufer, wohnhaft in Kür'e Verhütung erfolgt.

Das in Znowrazlaw in der Bahnhofstraße am Bahnhof der Oberschlesischen Eisenbahn belegene, stark frequentirte

Gasthaus zur Eisenbahn

mit 18 Wohnzimmern, 2 großen und 2 kleinen Küchen, geräumigen Stallungen, Wagenremisen, gewölbten Kellern, Getreideschüttung und allem Zubehör soll vom 1. April 1879 anderweitig verpachtet werden. Die Bel-Etage und zwei kleine Wohnungen können auch zum 1. April d. J. oder sofort abgetreten werden. Etwa 12 Morgen daran stoßendes Ackerlandes erster Klasse, worauf etwa zur Hälfte vorzügliche Lugerne, ein massives Familienhaus mit 2 Wohnungen, eine Scheune und ein geräumiger Eiskeller können mit verpachtet werden.

Offerten wolle man an Herrn Rechtsanwalt **Fellmann** in Znowrazlaw richten.

Wassermühlen-Verkauf.

Eine Wassermühle in der schönsten Gegend Grünbergs in Schlesien mit 29 Morgen Land, Wiesen, Forst, Mühlegebäude massiv. Gewerth neu, soll mit solidem Preise verkauft werden. Das Nähere b. **Beißer Carl Richmann** in Droschkau bei Deutsch-Krassel Kreis Grünberg in Schlesien.

Ein Gut,

Provinz Posen, 557 M. Areal, mit 9000 Thaler Anzahlung, und ein Gut, 860 M. mit 12,000 Thlr. Anzahlung, sofort veräußert. Näh. in der Exped. dieses Blattes.

Meine Hochdruckmühle mit einem Schieber-Mehlgänge und einem Güttgange nebst 9 Morgen gutem Boden und guten Gebäuden beabsichtige ich unter soliden Bedingungen aus freier Hand zu verkaufen.

Neukrug b. Schöffen, 21. Febr. 1878.
Julius Beste.

Drainagen übernimmt mit eignen Arbeitern und führt prompt aus

C. Dehn, Drain-Ingenieur, Modze, Post Stenckewo.

Güterkäufer!

Zahlreiche Anmeldungen zahlungsfähiger Güterkäufer veranlassen mich zu der Bitte, um gefällige Zusendung von Verkaufsaufträgen und Anschlägen.

Bernhardt Asch, Vosthalerei.

Billig Bauplatz zu verk. Schloß-Straße 2, 1 Treppe. 10-3 Uhr.
Eine breite braune **Halblutwute**, 5 Jahr, 4", fehlerfrei, gute Gänge, vollständig militärtauglich, steht sehr preiswürdig für 1050 Mark zu verkaufen.

v. Saenger, Zülichau.

Riesenrunkelrübensamen,

gelber **Wohl'scher** Gattung, verkauft gegen Nachnahme 50 Kilo mit 42 M., 1 Kl. mit 1 M., den Neuschffel mit 12 M.

Holze in Klezlo.

Eine erst 2 Jahr gebrauchte 10-pferdige

Lokomobile

(Garantische) fast neu, steht **billig** zu haben, bei **B. Westphal** in Schulpf.

Hopetoun-Hafer,

einmalige Saat, hat abzugeben

Gruone, Naclaw bei Kosten.

Eisenconstructions

für Ställe und andere Bauten liefern die Unterzeichneten unter Garantie in solidester und billigster Ausführung. Halten ein reichhaltiges Lager **landwirtschaftlicher Maschinen und Geräthe** und empfehlen ganz besonders ihre

Schrotmühlen,

sechs Sorten für Getreide aller Art, fertigen Bau und Maschinenguß, Stahl- und Hartguß, bestes geschmiedetes Eisen und Schaaere aller Art.

Eisenhüttenwerk Tschirndorf, Niederschlesien.

Gebr. Glöckner.

Zu gewissenhafter Ausführung **von Drainagen** empfiehlt sich **Th. Kunicke,** Drain-Techniker, Breslau, Lauensteinstr. 38.

Zu Garten-Anlagen

ev. Zeichnungen und Pläne dazu, empfiehlt sich **C. Hensen,** Kunst- und Anlagen-Gärtner, Interims-Theater, Posen.

Die im Dom. Deutsch-Wille

bei Pohn Lissa von 60 Stück Kühen produzierte Milch kann gepachtet werden vom 1. April cr.

Tafel-Service.

In Folge außergewöhnlich günstiger Einkäufe offerire:
Tafel-Service auf 12 Pers. (72 Stück) in einfachen Decor. von M. 50 ab, " 12 " (72 ") Blumen-Decor. von M. 72 ab, " 12 " (72 ") in reichem Decor. u. Gold von M. 90 ab.
unvollständige und zurückgesetzte Service unterm Kostenpreise. Kaffeeservice reich mit Gold von M. 10 ab. Weiße Teller ff. pr. Dgd. à 4,50 M.

L. Jac. Mendelsohn.



Schleswig-Holsteinische Landes-Industrie-Lotterie zum Besten hilfsbedürftiger Schleswig-Holsteinischer Invaliden und unermittelter Kranken.
25,000 Loose und 6250 Gewinne.

Ziehung der dritten Klasse am 6. März 1878.

Haupt-Gewinne der dritten Klasse:
1 **Mobiliar** von Eichenholz mit Schnitzerei, Spätrenaissance, Werth 2020 Mark. 1 **Mobiliar** von Nussholz mit Schnitzerei, Werth 1040 Mark. 1 **Pianoforte** von Sacaranda, aufrechtstehend, Werth 720 Mark. 1 **Kaffee- und Theeservice** von Silber, Werth 480 Mark.
Die Erneuerung der Loose zur dritten Klasse muß bei Verlust des Anrechts bis spätestens zum 26. Febr. 1878, Abends 6 Uhr geschehen.
Kaufloose à 3¼ Mark find in der Expedition der **Posener Zeitung** zu haben.

Prämiirt: Hannover 1877, Kassel 1877.

„Ein deliziosoer Apfelkuchen,

wie Conditoren ihn nicht schöner herstellen können, ist in 30 Minuten für und fertig herzustellen mit Hilfe des

Liebig'schen Backmehls.

Man mache aus Liebig's Backmehl, mit Butter und Milch, einem Ei, einen steifen Teig, rolle ihn aus, bestreue ihn mit Zucker und Zwiebackkrumen, besetze denselben mit Apfelschnittchen, welche vorher mit etwas Butter in einem Topfe erwärmt waren. Bestreue wiederum mit Zucker und backe in einem heißen Ofen braun. Während dessen bereite man den **Guß** ¼ Liter Milch wird mit Zucker, Citronenschale u. Zimmt zum Kochen gebracht, 4 Eßlöffel voll Liebig's Mehl werden mit kalter Milch angerührt und in die kochende Milch hineingemischt. Nachdem es kalt geworden ist rührt man 4 Eier hinzu, (das Weiße zu steifem Schaum geschlagen), und fällt sofort auf den Kuchen, der dann noch 10 Minuten backen muß.
Haupt-Depot bei **A. Eichowicz** in Posen.

Condens. Suppen

in vorzüglicher Qualität von **Erbesen, Linsen, Reis und braunem Mehl mit Fleisch-Extract** u. s. w. hergestellt, empfiehlt in Tafeln, für 4-6 Personen hinreichend, à Tafel 25 Pf. Wiederverkäufer Rabatt.
Berliner Erbsenwurst-Fabrik von **Louis Lejeune,** Brunnenstraße 128.

Boxberger's Hühneraugenpflaster

(Bad Kissingen.) Schon gestrichen, beseitigt **Schmerz** und **Hühnerauge** in Kurzem. **Depot in Posen:** Apotheker **Weiß** sowie in den meisten Apotheken.

Pensionat

von Frau **Marie Blume, Sirschberg (i. Schl.) a. Cavatierberg.**
Junge Mädchen jeden Alters finden unter mäßigen Bedingungen liebevollste Aufnahme. Grundsatz ist: Das elterliche Haus nach Kräften durch eine gewissenhafte Erziehung und Fürsorge zu erhalten.
Tüchtige höhere Töchterchule in der Nähe, gelegener Musik- und Sprachunterricht im Hause.

Zrunksucht.

Magenleiden. Kur nach 30 Jahren bew. **Weiß, auch brieflich.** Dr. med. **Heymann,** Berlin SW., Vorkstraße 3.

Freiwilligen-Examen-Vorbereitung.

Neue Course. Privatstunden. Posen. Friedrichstr. 19. **Dr. Thelle.**

Les jeunes personnes qui désirent apprendre à fond l'état de modiste en trouvant l'occasion dans un magasin distingué qui peut leur offrir aussi pension. S'adresser pour renseignements à Mademoiselle **Antoinette Matthaei** Dresde. Pragerstrasse 3.

Krankheitshaber bin ich genöthigt, die Ausübung der zahnärztlichen Praxis bis zu meiner Genesung einzustellen.

Fr. Kuhner, Königl. approb. Wund- u. Zahnarzt.

25,000 Mark Duplirungsgelder sind auf städt. Grundstücke im oberen Stadtheil sofort auf mehrere Jahre zu vergeben. Off. sub R. 148 befördert das Annoncen-Bureau **v. Haafenstein & Vogler, Posen, St. Martin 1.**

Geschlechtskrankheiten,

Syphilis, Hautkrankh., Flechten, Schwäche sowie alle Unterleibs- u. Frauenkrankh. heilt **brieflich** nach langjähriger Erfahrung u. garantirt auch in den hartnäckigsten Fällen für gründliche Heilung. **Naturarzt A. Har-muth,** Berlin, Kommandantenstr. 30. Möbl. Stube **Mühlenstr. 19,** parterre rechts, zu vermieten.

Königsstr. 10, gegenüber d. Nat.-Theater. 2 eleg. möbl. Zimmer zu verm.

Bäckerstr. 10 ist ein kl. möbl. Zimmer sofort zu vermieten.

Ein Haus mit 5 mittleren Wohnungen, großem Hof nebst Stallungen ist sofort oder vom 1. April ab zu vermieten. Zu erfragen in der Exped. d. Pos. Zeitung.

Ein Obst- u. Gemüsegarten mit freundlichen Zimmern ist zu verpachten **Unter-Wilda 13.** Näh. Breslauerstr. 37 bei **Daub.**

Logis für zwei Herren, St. Martin 54, Hinterhaus, 1 Treppe links.

Wasserstraße 17

ist eine **Wohnung** im 2. Stock, bestehend aus 2 Zimmern, Küche u. Zubehör, sowie ein **Laden** nebst Wohnung und Schlafteller, in welchem jetzt eine **Fleischerei** betrieben wird, sofort oder vom 1. April cr. zu vermieten. Näh. im Comptoir daselbst.

Getreide-Parterreschüttung

auch zu Walle lagernd sich eignend, ist sof. zu verm. Näh. Grünstr. 1, Part. **Gr. Gerberstr. 3** ist ein möbl. Part. Zimmer sof. für 1 od. 2 Hrn. a. verm. **Schloßstr. 2**, Geschäftslokal und 2 große schöne Zimmern, Küche. Kleine Bohn. 10-3 Uhr z. v. Näh. b. **Wirth Paulistichstr. 3,** ob. p. 1. April eine **Wohnung** von 5 Zimmern und Zubehör nebst Badezimmer mit oder ohne Stall u. Remise zu verm.

Eine herrschaftliche Wohnung von 4 Zimmern, 2 Tr. hoch, ist verpachtungshalber zum 1. April zu vermieten **St. Martin 28.**
Eine gute und billige Hauswäscherin sucht Arbeit. **Bagörze 11, 2. Etage.** 2 Stuben und Küche (Hof) zu vermieten, **Breitstraße 19.**

Das Dominium Wolla bei Zutin sucht von sofort einen unverheiratheten

Gärtner.

Gute Zeugnisse sind erforderlich. Fern wird es gesehen, wenn derselbe Soldat gewesen.

Ein intell. tautions-Inspektor wird zur selbst. Leitung eines größeren Gutes bei Poser gesucht. Näh. auf schriftl. Meldungen sub S. 25 postl. Posen

Zum 1. April findet auf der Domäne **Grabitz** bei Zirkle ein **Wirthschaftsbeamter** (könnte auch verheirathet sein) und ein verheiratheter deutscher Gärtner Stellung.

Hochgeehrten Herrschaften empfehle ich allerhand Gesunde: Wirthinnen, Stubenmädchen, Gärtner, Diener, Hauskälter u. a.

Miettsbureau v. Wwe. M. Porwich St. Martin 44.

Eine Wirthin

in gefesteten Jahren, z. Stüge d. Hausfrau, Gehalt 200 Mark, wird vom **Dom. Factorowo** p. Samotshin zum 1. April cr. gesucht.

Diener u. Köchin gesucht, gute Wirthin zu haben

E. Anders, Wilhelmstr. 18. Einen tüchtigen Barbier-Gehilfen sucht **Friseur Grack,** St. Martin 54, Hof, 1 Treppe.

Auf dem Dominium Wilkowo bei But wird zum 1. April ein evangelischer Hofökonom,

der der polnischen Sprache mächtig ist, gesucht. Gehalt nach Uebereinkunft persönlicher Vorstellung mit Zeugnissen erwünscht.

Ein Wirthschafts-Inspektor mit guten Zeugnissen sucht von jeglicher Stellung. Zu erfragen in der Exp. d. Zeitung.

Ein im Verwaltungsfache geübter Büroangehilfe

sucht bei einer Kreis- oder Landrathskasse zum 1. April cr. eventuell früher Stellung. Gehalt weniger berücksichtigt, als angemessenes Arbeitspensum. Gest. Offerten sub H. W. 25 in der Exped. d. Ztg.

Für einen Theil einer größeren Begüterung hier, unter Leitung der Administration, suche vom 1. Juli cr. einen unverh. erfahrenen

Inspektor und von sofort desgleichen Wirthschafts-Schreiber

Feodor Schmidt, Znowrazlaw. Ein Sohn achtbarer Eltern, ohne Unterschied der Konfession, mit den nöthigen Schulkenntnissen versehen und der polnischen Sprache mächtig, kann sofort als

Lehrling

eintreten in der **Destillation** von **M. Witkowski, Gnesen.**

Ein ruhiger, strebsamer Landwirth,

der deutschen und polnischen Sprache mächtig, findet unter meiner Leitung zum 1. April, auch früher Stellung. Gehalt 6- bis 900 Mark, je nach Leistungen.

Kundler Arbeitergejud.

Peim Eisenbahnbau **Zablonowo-Graubenz** werden bei hohem Lohn und dauernder Arbeit **250 tüchtige Erdarbeiter** gebraucht; ebenfalls wird daselbst ein **Schachtmeister**, der im Maschinen-schacht erfahren ist, gesucht. Zu melden bei **Kallsoh** Bauunternehmer in **Meino** bei Rehden. Einen **Verbrung** mit guten Schulkenntnissen suchen **Ed. Bote & G. Bock,** Hof-Buch- und Musikalien-Handlung, **Posen.** **Gr. Gerberstr. 50** mebr. Wohn. 1. April.

Familien-Nachrichten.

Als Verlobte empfehlen sich Freunden und Verwandten **Abraham Dirsch Weinau, Frä. Chiara Tzedel, Nieschbko.**

In Folge Wochenbettes ist gestern Vormittag meine liebe gute Frau **Auguste geb. Sellmann** nach schweren Leiden sanft entschlafen, welches Verwandten und Bekannten, um stille Theilnahme bittend, anzeige.

Die Beerdigung findet Freitag Nachmittag um 3 Uhr von dem Leichenhause des St. Pauli-Kirchhofes aus statt. **Sofortlicher, Schutzmann.**

Am 26. d. M., Morgens 3¼ Uhr, verschied sanft nach siebenzehnjährigem Leiden mein theurer Gatte, der Kreisphysikus a. D. **Dr. Hermann Praetel** im Alter von 49 Jahren. **Samter, den 26. Februar 1878.**

Die heilige Seelenmesse S. A. **herrn Emil Jannecki** findet in der St. Martinskirche morgen Vormittags 9¼ Uhr statt.

Dies zeigen hiermit an **die tiefbetrübten Hinterbliebenen.**

Auswärtige Familien-Nachrichten.

Verlobt: Frä. Paula v. Raumbach mit Hrn. Prem.-Lieuten. **Walder** in Marburg. Frä. Margaretha Schmidt mit Hrn. Lieuten. **Ernst Domes** in Viersen-Braunschw. Frä. Cäcilie Krüger mit Hrn. Kaufmann **Oskar Meyer** in Stolp. Frä. Marie v. Frankenberg-Ludwigsdorf mit Hrn. Hofjunfer und Majoratsheeren **Edwig Wlisch**, genannt v. Pöllitz, in Darmstadt. Frä. Anna v. Noyenheim mit Hrn. Major **Ziegler** in München.

Gestorden. Notar und Hauptmann a. D. **Wilhelm Jakob Gerpott** in Grefeld. Hermann von **Gyug** in Groß-Wangern. Ober-Bürgermeister **Scheimrath Alexander Beyer** in Potsdam. Rentier **Dito Westphal** in Berlin. Frau **Dr. Albertine Kuhn**, geb. Schwarz, in Berlin. Gutbesitzer **Edwin Frenkel** auf Baugistorallen bei Memel. Dr. phil. **Albert Bohnstedt** in Gerswalde. Buchhändler **Hermann Kühn** in Berlin. Portrait- und Historienmaler **Professor J. S. Otto** in Berlin. Zahlmeister **A. Michaleki** in Berlin. Fabrikant **Franz Müller** in Berlin.

Heute und jeden Mittwoch **Eisbeine.** **F. W. Meiwes.**

Lamberts Saal.

Mittwoch den 27. Februar: **Salon-Concert.** Anfang 7½ Uhr. Entree 25 Pf. **W. Appold.**

Kaufmännischer Verein zu Posen

Montag, den 4. März cr., Abends 8¼ Uhr: in der Aula der Realschule: **Vortrag**

des Hrn. Professor **Dr. Gassencamp: Zur Geschichte des Luxus.** Eintrittskarten für Mitglieder sind in der Eisenhandlung **Schubmacherstr. Nr. 17** bei **Herrn Ruderverr**, für Fremde gegen Zahlung von 50 Pf. Abends an der Kasse zu haben.

Der Vorstand, Im Hippodrom.

Auf dem Kanonenplatz. Täglich großes **Corso-Reiten.** Anfang Abends 5 Uhr. Entree 30 Pf. Um zahlreichen Zuspruch bittet **W. Bartling.**

B. Heilbronn's Volksgarten-Theater.

Mittwoch, d. 27. Februar: **Berliner Kinder.** Poffe mit Gesang. Vorbelebtes Auftreten der Balletgesellschaft **Langner-Gernani.**

Donnerstag, d. 28. Februar: **Beneß für Frau John.** Carlo Brochi. Der Pole und sein Kind.

Interims-Theater.

Mittwoch, den 27. Februar: Vorstellung zu ermäßigten Preisen: **Deborah.** Volkschauspiel in 4 Akten von **Mosenthal.** Donnerstag, d. 28. Febr.: **Größenwahn.** Die Direction.